

Conrad, Stephan

**Das Spannungsverhältnis zwischen der Praxis soziokultureller Vereine und der Totalitarismus-Theorie, dargestellt an der Situation des Treibhaus e.V. Döbeln.**

**BACHELORARBEIT**

**HOCHSCHULE MITTWEIDA  
UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES**

Fakultät Soziale Arbeit

Roßwein, 2011

Conrad, Stephan

**Das Spannungsverhältnis zwischen der Praxis soziokultureller Vereine und der Totalitarismus-Theorie, dargestellt an der Situation des Treibhaus e.V. Döbeln.**

eingereicht als

**BACHELORARBEIT**

an der

**HOCHSCHULE MITTWEIDA**

**UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES**

Fakultät Soziale Arbeit

Roßwein, 2011

Erstprüfer: Prof. Dr. phil. Matthias Pfüller

Zweitprüfer: Dipl. Ing (FH), Dipl. SA/SP (FH) Kornelia Beer

## **Bibliographische Beschreibung:**

Conrad, Stephan:

Das Spannungsverhältnis zwischen der Praxis soziokultureller Vereine und der Totalitarismus-Theorie, dargestellt an der Situation des Treibhaus e.V. Döbeln. 73 S.

Roßwein, Hochschule Mitweida/Roßwein (FH), Fakultät Soziale Arbeit  
Bachelorarbeit 2011

## **Referat:**

Die Bachelorarbeit beschreibt die Totalitarismus- und Extremismustheorie und deren Auswirkungen auf gesellschaftliche Bereiche. Untersucht wird dabei das Spannungsverhältnis zwischen der Praxis von, als links wahrgenommenen Vereinen auf der einen Seite und der Politik der Wehrhaften Demokratie auf der anderen Seite. Der Treibhaus e.V. wird in dieser Arbeit exemplarisch für andere alternativen Jugendzentren stehen und an dessen Beispiel werden die Konsequenzen für den Verein und auch die möglichen Konsequenzen für die Region Döbeln verdeutlicht.

Der Schwerpunkt der Arbeit liegt dabei auf einer intensiven Literaturrecherche, durch die die vorhandene Problemstellungen des Extremismus ermittelt werden soll.

Daneben wurde ein Interview mit einem Kritiker der Extremismustheorie geführt.

Das Interview stellt keine empirische Untersuchung im Sinne einer Beweisführung dar, sondern soll Fragestellungen und Probleme aus der wissenschaftlichen Literatur verdeutlichen, differenzieren und erweitern.

# Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	4
0. Einleitung.....	5
1. Vom Totalitarismus zum Extremismus .....	7
1.1. Geschichte der Totalitarismustheorie .....	8
1.2. Die klassischen Totalitarismustheorien .....	14
1.3. Geschichte der Extremismustheorie.....	16
1.4. Die klassische Extremismustheorie .....	19
2. Kritik an Totalitarismus und Extremismus .....	21
2.1. Kritik an der Totalitarismustheorie .....	21
2.2. Kritik an der Extremismustheorie.....	23
2.3. Die Initiative gegen jeden Extremismusbegriff (INEX).....	26
3. Der Treibhaus e.V. und soziokulturelle Vereine .....	30
3.1. Begriffsklärung und Bedeutung Soziokultureller Vereine .....	30
3.2. Der Treibhaus e.V. Döbeln.....	32
3.3. Aktuelle Auswirkungen der Extremismustheorie .....	37
4. Zusammenfassung und Ausblick.....	41
Anlagen .....	43
Interview mit Ulrich Schuster von INEX am 15.01.2010 .....	43
Satzung des Treibhaus e.V. Döbeln.....	65
Anschuldigungen der NPD gegenüber dem Treibhaus e.V.....	70
Quellen- und Literaturverzeichnis.....	74
Internetquellen.....	74
Literaturquellen.....	75
Erklärung zur selbständigen Anfertigung der Arbeit .....	78

## 0. Einleitung

Mit dem Thema Totalitarismus setzte ich mich das erste Mal im Zuge der jahrelangen anhaltenden Diskussionen und immer wiederkehrenden Schändungen eines Denkmals vor dem Lessing-Gymnasium Döbeln auseinander. Dieses Denkmal trägt die Inschrift: „Zum Gedenken an die Lehrer und Schüler, die Opfer von Krieg, Unrecht und Willkür wurden 1933 – 1989“. Meiner Meinung nach demonstriert diese Inschrift auf eine sehr triviale Weise einen relativistischen Vergleich des Nationalsozialismus mit dem Sozialismus der DDR. Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus 1990 wurden, mit dem Hinweis auf die Totalitarismustheorie, Hitler mit Honecker, Auschwitz mit Bautzen und die Gestapo mit der Stasi verglichen.<sup>1</sup> Auch in den 90er Jahren wollte Deutschland aus dem Schatten der Vergangenheit treten, um endlich eine selbstbewusste Nation zu werden. Der Kampf um die kulturelle Hegemonie ging weiter. Das Denkmal in Döbeln wurde im Oktober 1994 aufgestellt. In der folgenden Diskussion hat man sich darauf geeinigt, auf die Jahreszahlen zu verzichten. Bisher hat sich allerdings noch nichts getan. Leider hat der Traditions- und Förderverein des Lessing-Gymnasiums Döbeln, welcher das Denkmal gestiftet hat, meine Nachfragen, warum diese Veränderung noch nicht realisiert wurde, bis zur Beendigung dieser Arbeit, nicht beantwortet.

Den endgültigen Ausschlag zu der Entscheidung, meine Bachelorarbeit über das Spannungsverhältnis zwischen der Praxis soziokultureller Vereine und der Totalitarismus-Theorie zu schreiben, gaben schließlich die Ablehnung des sächsischen Förderpreises für Demokratie durch den Akubiz e.V. Pirna im November 2010 in der Frauenkirche Dresden und die damit verbundene Diskussion um Extremismustheorie und Praxis Sozialer Arbeit.<sup>2</sup> Der Akubiz e.V. Pirna betreibt, ähnlich wie der Treibhaus e.V. Döbeln, politische Bildungs- und soziokulturelle Arbeit. Bei dieser Preisverleihung sollten die VertreterInnen des Vereins aus Pirna eine Extremismusklausel unterschreiben, was sie jedoch ablehnten und damit eine neuerli-

---

<sup>1</sup> Wippermann 1997b, S.10 f.

<sup>2</sup> <http://ablehnung.blogspot.de/category/erklaerung/> abgerufen am 06.01.2010 um 15.25 Uhr.

che Debatte auslösten. Auf diese Klausel werde ich später noch genauer eingehen.

Die Entwicklungen in der Politik der sächsischen Landesregierung, wie auch die Politik der Bundesregierung, wirken sich auch auf die Arbeit des Treibhaus e.V. aus. Dies betrifft den Verein durch die Extremismusklausel nicht nur als Preisträger für Demokratieprojekte, sondern auch als fördermittelabhängige Organisation, die sich durch Programme zur Toleranz- und Demokratieförderung, wie zum Beispiel das sächsische Landesprogramm Weltoffenes Sachsen, finanziert. Das Ausbleiben von Fördermitteln, wegen eines eventuellen begründeten oder unbegründeten Verdachts auf Extremismus, kann sich auf ganze Regionen negativ auswirken. Zum einen verliert die Zivilgesellschaft einen wichtigen Motor und Partner. Zum anderen stärkt diese Entwicklung rechte Strukturen und Verbindungen, da diese schon sehr lange fast ausschließlich auf ihre eigenen Mittel zurückgreifen.

Doch warum taucht der Totalitarismus, in der Gestalt des Extremismus, gerade jetzt wieder auf? Meiner Meinung nach gibt es derzeit keine reale Bedrohung von links oder rechts für die BRD. Deutschland gilt wieder als eine selbstbewusste Nation die aus dem Schatten der Vergangenheit getreten ist. Dennoch überschlagen sich zur Zeit die Ereignisse. Fast wöchentlich gibt es neue Artikel in den Printmedien oder Diskussionen im TV zum Thema Extremismus. Ein Ende der Debatte ist noch nicht in Sicht. Wohin sich diese Tendenz bewegt ist ungewiss, sollte jedoch nicht unbeobachtet bleiben.

Ich werde versuchen, die Entwicklung der historischen Totalitarismusforschung zur heutigen Extremismustheorie darzustellen und dabei aufzeigen, dass diese Entwicklung politisch beeinflusst ist und dabei für die Demokratie gefährlich und langfristig gesehen politisch unklug ist. Im Anschluss daran stelle ich verschiedene KritikerInnen und ihre Beweggründe vor, unter anderem durch ein Interview mit Ulrich Schuster von der Initiative gegen jeden Extremismusbegriff (INEX). Danach werde ich die Geschichte, Entwicklung und Bedeutung soziokultureller Zentren am Beispiel des Treibhaus e.V. Döbeln aufzeigen, um dann auf die aktuellen Auswirkungen und die möglichen Konsequenzen hinzuweisen.

Den Abschluss bilden eine Zusammenfassung und ein Ausblick zu dem Thema Soziale Arbeit und Extremismus in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung.

## **1. Vom Totalitarismus zum Extremismus**

Den Schwerpunkt meiner Arbeit bilden die aktuelle Extremismustheorie von Eckhard Jesse und Uwe Backes und deren Auswirkungen auf die Politik und damit auch auf die Soziale Arbeit. Diese Theorie hat ihren Ursprung in der Totalitarismusforschung, ist aber meiner Meinung nach, durch den Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus 1989, aber auch vom Historikerstreit um Ernst Nolte 1986/87, die Kontroversen um Daniel Jonah Goldhagens Buch Hitlers willige Vollstrecker 1996, sowie die Diskussionen um die Ausstellung Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944 des Hamburger Instituts für Sozialforschung 1997 und schließlich durch das Schwarzbuch des Kommunismus von Stephane Courtois 1998, maßgeblich beeinflusst wurden.<sup>3</sup>

Ich gehe daher zuerst auf die Entwicklung des Begriffs ein, dann auf die historischen Totalitarismustheorien, bevor ich die Entwicklung der Extremismustheorie darstelle. Die Parallelen und Gemeinsamkeiten zwischen beiden Theorien werden durch einen historischen Vergleich sichtbar, dabei wird deutlich dass sich die Begriffe Totalitarismus bzw. Extremismus auf völlig unterschiedliche politische Formen beziehen. Während der Totalitarismus den Nationalsozialismus und den Sowjetkommunismus zu vergleichen sucht, versucht die Extremismustheorie den Nationalsozialismus mit der DDR zu vergleichen. Damit ist der Anwendungsbereich dieser Theorie allerdings noch nicht erschöpft. Vielmehr wird sie heute auf Splittergruppen und informelle Gruppen angewandt und bezieht sich nicht mehr auf totale politische Systeme, die mit Terror und Massenbasis wirken.

---

<sup>3</sup> Klundt 2000, S. 8 ff.

## **1.1. Geschichte der Totalitarismustheorie**

Die Totalitarismustheorie besagt, dass Faschismus/Nationalsozialismus und Sozialismus/Kommunismus zwei wesensidentische, totalitäre Erscheinungsvarianten eines im 20. Jahrhundert neu aufkommenden Typus politischer Herrschaft sind.<sup>4</sup>

Die Wurzel der Totalitarismustheorie liegt für Michael Klundt allerdings in der Selbstwahrnehmung des deutschen Bürgertums im 19. Jahrhundert. Das deutsche Bürgertum repräsentierte, in ihrer eigenen Vorstellung, die Mitte, gekennzeichnet durch Privateigentum, parlamentarischen Staat und individuelle Freiheit, also den bürgerlichen Parlamentarismus. Diese Mitte sah sich von rechts durch die feudale Klasse und den halbabsolutistischen Staat und von links durch die anwachsende ArbeiterInnenklasse bedroht.<sup>5</sup>

Nachdem es zum Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland zum Bündnis zwischen dem Feudalkonservatismus und dem nationalen Bürgertum gekommen war, übernahm der Sozialliberalismus das Deutungsmodell der Mitte. Sozialdemokratie und Feudalabsolutismus waren die Extreme, die die Gesellschaft bedrohten. Allerdings war man sich wohl damals schon sicher, dass der eigentliche Gegenspieler die Sozialdemokratie sei. So stellte Eugen Richter, der Vorsitzende der Deutschen Fortschrittspartei, 1878 fest, die Sozialdemokratie sei der Hauptfeind, weil sie „die Grundlagen der bestehenden Gesellschaft bekämpft, die wir mit allen anderen Parteien gemeinsam haben“.<sup>6</sup>

Anscheinend wurde die Infragestellung der Eigentumsordnung der Linken Extreme als die schlimmere Bedrohung wahrgenommen und interessanterweise setzt sich dieses Deutungsmuster der Totalitarismustheorie bis in die Gegenwart fort.

Die Entwicklung des rechten Flügels der ArbeiterInnenbewegung und die Spannungen in der SPD führten Anfang des 20. Jahrhunderts zur Aufgabe proletarisch-revolutionärer Positionen der Arbeiterklasse und zur Identifikation mit dem bürgerlichen Staat. Karl Kautsky drängte, anlässlich der rus-

---

<sup>4</sup> Klundt 2000, S. 67.

<sup>5</sup> Kühnl 1990d, S.600, In: Klundt 2000, S.67.

<sup>6</sup> zit. n. Opitz 1980, S. 121, In: Klundt 2000 S. 67.



sischen Revolution 1918, zu einer Entscheidung; Demokratie oder Diktatur. Der SPD-Parteitag 1919 in Weimar übernahm die Position, dass die Demokratie von linken und rechten Diktaturen bedroht werde. Otto Wels äußerte 1931, Bolschewismus und Faschismus seien Brüder. Doch auch dieser antitotalitäre Kampf gegen linke und rechte Extreme ging aus einem Bündnis mit den alten bürgerlichen Eliten aus Militär, Wirtschaft, Bürokratie, Justiz und Wissenschaft einher. Nach 1918 ging man vor allem gegen die radikale Linke vor.<sup>7</sup>

Die Begriffe „totalitär“ und „Totalitarismus“ wurden von italienischen Antifaschisten erfunden um die Faschisten kritisieren und bekämpfen zu können. Benito Mussolinis Partei, die Partito Nazionale Fascista, war eher eine terroristische Organisation mit Massenbasis, die uniformiert, bewaffnet und nach militärischen Kriterien, in die so genannten squadre gegliedert war. Die Mitglieder dieser squadre wurden squadristi oder auch fascio oder fascisti genannt, was nichts anderes hieß als Bündler. Schon Ende 1922 hatten sich die Faschisten durch ihre Militanz und Grausamkeit einen Namen gemacht, der überall Furcht und Schrecken auslöste. Sie strebten nach der gesamten Macht im Staat und durch Propaganda, Wahlbetrug, offenen Terror und massive Wahlbeeinflussung erlangten sie diese schließlich am 9. April 1924.<sup>8</sup>

Das Neue an diesem totalitären, faschistischen Staates beschrieb der Sozialist Lelio Basso folgendermaßen: „Der faschistische Staat begnügt sich nicht damit, die etablierte Ordnung (...) aufrechtzuerhalten, innerhalb deren die oppositionellen Kräfte die Möglichkeit hätten, eine neue Form des gesellschaftlichen Lebens vorzubereiten; er repräsentiert das gesamte Volk, er verneint die Existenz von unabhängigen oder generischen Bewegungen, und wenn sich eine solche auch nur vorsichtig zeigt, so versucht er, sie unerbittlich zu zerstören. (...) Alle Staatsorgane, die Krone, das Parlament, die Rechtssprechung, (...) die bewaffneten Streitkräfte (...) werden

---

<sup>7</sup> Klundt 2000, S. 68.

<sup>8</sup> Wippermann 1997a, S. 8 f.

Instrumente einer einzigen Partei, die sich zum Interpreten des Volkswillens, des unterschiedslosen Totalitarismus macht.“<sup>9</sup>

Erstaunlicherweise haben die Faschisten diese Vorwürfe nicht zurückgewiesen, sondern sich ausdrücklich dazu bekannt, einen totalitären Staat anzustreben. Mussolini dazu 1932: „Für den Faschisten ist alles im Staate und nichts Menschliches oder Geistiges besteht außerhalb des Staates. In diesem Zusammenhang ist der Faschismus totalitär und der faschistische Staat, als Zusammenfassung und Einheit aller Werte, deutet, entwickelt und beherrscht das ganze Leben.“<sup>10</sup>

Auch die italienischen AntifaschistInnen, die den Begriff des Totalitären benutzten, bezogen sich auf gewisse Ähnlichkeiten und Parallelen zwischen dem russischen Bolschewismus und dem italienischen Faschismus. Sie sprachen dabei schon von Linksfaschismus und Rechtsbolschewismus.<sup>11</sup>

Wippermann berichtet, dass derartige Vergleiche von Faschismus und Kommunismus nicht nur in Italien vorkamen, sondern vor allem von der Sozialdemokratie und deren Publizistik der 20er und 30er Jahre, in verschiedenen europäischen Ländern herrührten. Dies wiederum basierte weniger auf theoretischen Überlegungen als auf politischem Kalkül. Schließlich nannten die KommunistInnen die SozialdemokratInnen, „SozialfaschistInnen“. Somit ist diese Tatsache wohl eher als Retourkutsche zu sehen und im Hinblick auf die Verbrechen der Nazis an KommunistInnen und SozialdemokratInnen eher tragisch.<sup>12</sup>

Anders als die italienischen FaschistInnen haben die Nazis die Errichtung eines totalen Staates nicht als ihr politisches Ziel angesehen, obwohl verschiedene Staatstheoretiker des deutschen Faschismus, wie Carl Schmitt, Ernst Forsthoff und Ernst Rudolf Huber ihnen dazu rieten. Für die Nazis war der Staat nur das Mittel zum Zweck, denn es ging ihnen um die Reinigung des Volkskörpers von „rassefremden“, „kranken“ und „asozialen“ E-

---

<sup>9</sup> Lelio Basso (unter Pseudonym), L'antistato, in: La Rivoluzione Liberale, 2.1. 1925; zit. n. Petersen 1978, S. 120 f, In: Wippermann 1997a, S. 10.

<sup>10</sup> zit n. Petersen 1978, S. 109, In: Wippermann 1997a, S.11.

<sup>11</sup> Wippermann 1997a, S. 11

<sup>12</sup> Wippermann 1997a, S.12 f.

lementen und die Errichtung eines Rasseimperiums im europäischen Raum.<sup>13</sup>

Dennoch ist ein Grundbestandteil der Totalitarismustheorie der Vergleich zwischen Nationalsozialismus und dem sowjetischen Bolschewismus.

Die ersten wissenschaftlichen Konferenzen, die das Thema des Totalitarismus systematisch untersuchten, fanden, von amerikanischen Politologen veranstaltet, 1935 in Minneapolis/USA und 1939 in Philadelphia/USA statt. Im Rahmen dieser Konferenzen wurden deutliche Gemeinsamkeiten beider Regime festgestellt. Dies gilt für die Machtergreifung durch eine Bewegung, deren Ideologie von einem Führer bestimmt wird, das Ersetzen des parlamentarischen Systems durch eine Terrorherrschaft, die Verschmelzung von Partei und Staat und die Tatsache, dass alle Kommunikationsmittel und das gesamte Erziehungswesen einer totalen Kontrolle unterworfen sind. Schon 1936 wurde festgestellt, dass eine völlig neue Herrschaftsform entstanden war, die nicht nur den systematischen Terror nutzte, sondern auch auf die modernen Formen der Massenbeeinflussung zurückgriff und daher einen sehr stabilen Charakter besaß.<sup>14</sup> Die zweite Konferenz in Philadelphia 1939 erfolgte unter dem Eindruck der stalinistischen Politik der Kommunistischen Internationalen im Spanischen Bürgerkrieg, der Berichte über die Schauprozesse und des stalinistischen Terrors Ende der 30er Jahre, sowie des Hitler-Stalin-Paktes und schien damit die Thesen von der Wesensverwandtschaft von Faschismus/Nationalsozialismus und Kommunismus zu beweisen.<sup>15</sup>

Nach dem Überfall Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion und dem darauf folgendem Bündnis der westlichen Alliierten mit dem totalitären Kommunismus, verschwand die Totalitarismustheorie aus der westlichen Politikwissenschaft. Um den Hitlerschen Totalitarismus zu besiegen, wurde über den verbrecherischen Charakter des Stalinschen Regimes einfach hinweggesehen.<sup>16</sup>

---

<sup>13</sup> Wippermann 1997a, S.15 f.

<sup>14</sup> Lerner, The Pattern of Dictatorship, In: Ford (Hrsg.) Dictatorship, S. 3 ff, in deutscher Übersetzung abgedruckt bei: Seidel/Jenker (Hrsg.) 1968, Wege der Totalitarismusforschung, S.30-48, In: Wippermann 1997a, S. 16 f.

<sup>15</sup> Klundt 2000, S. 69.

<sup>16</sup> Wippermann 1997a, S. 19.

Für Wolfgang Wippermann zeigen die Entwicklung und die abrupte Aufgabe des Totalitarismusmodells, dass die Diskussion politisch motiviert war und dass Totalitarismus vor 1945 nicht mehr war als ein politischer Kampfbegriff, auch wenn die Theorien nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden sollten. Einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung und Verbreitung der Totalitarismustheorie haben für Wippermann dagegen WissenschaftlerInnen und SchriftstellerInnen geleistet, die einstmals selbst KommunistInnen waren oder mit deren Ideen sympathisierten und sich im Zuge des stalinistischen Terrors von jenen Positionen verabschiedeten.<sup>17</sup>

Mit dem Ende des Nationalsozialismus 1945 und mit Beginn des Kalten Krieges wurde der Begriff wieder, ähnlich wie 1917/1918, gegen den Marxismus als politische Theorie und gegen den Staatssozialismus als Gesellschaftsordnung gewendet. Die weltweite Empörung über die nationalsozialistischen Verbrechen konnte durch das wiederholte Aufzeigen der Wesensgleichheit beider Systeme gegen den real existierenden Totalitarismus, den Staatssozialismus gelenkt werden. Dadurch konnten die alten Eliten aus Wirtschaft, Militär, Politik, Justiz, Bürokratie, Medizin und Wissenschaft wieder in die neue deutsche Gesellschaft integriert werden, da die Bedrohung vom Kommunismus dieselbe war.<sup>18</sup>

Aus der frühen Totalitarismustheorie wurden nun umfassende politische Theorien entwickelt, die auf einem Kriterienkatalog basierten, auf den ich im nächsten Kapitel näher eingehen werde. In vielen Ländern der kapitalistischen Welt bildete die Theorie eine offizielle Staatsdoktrin und in manchen Ländern wurde sie auch für den Schulunterricht als verbindlich erklärt. Damit wurde der Weg für den Adenauer-Erlass 1950, das KPD-Verbot 1956, den Totalitarismuserlass der Kultusminister 1962, sowie für den Radikalenerlass der Ministerpräsidenten 1972 geebnet und das politische und kulturelle Leben durch die Bundesregierung weitgehend reguliert. Seit dieser Zeit klärt jeder Verfassungsschutzbericht über die Gefahren der Demokratie von Links und Rechts auf.<sup>19</sup>

---

<sup>17</sup> Wippermann 1997a, S. 20.

<sup>18</sup> Klundt 2000, S. 70.

<sup>19</sup> Klundt 2000, S. 70 f.

Mit dem Übergang zur Entspannungspolitik der 1960er Jahre verlor die Totalitarismustheorie wieder wesentlich an Einfluss. In der Faschismusforschung wurden Entstehung und Entwicklung interessanter als der Vergleich mit dem Kommunismus und in der Wahrnehmung staatssozialistischer Ländern nahm man Differenzierungen und Entwicklungen wahr, die nicht mehr mit dem üblichen Totalitarismusschema zu erfassen waren. Für Michael Klundt behielt die Totalitarismustheorie jedoch, durch den Radikalerlass von 1972, im Umgang mit der Linken im eigenen Land weitgehend ihre Geltung.<sup>20</sup>

Eine weitere Wendung trat dann in den großen kapitalistischen Staaten in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre ein. Die Bundeswahlkampfparole der CDU Freiheit statt Sozialismus (1976) rückte auch reformistische Gruppen in die Verdachtszone des Totalitarismus. So wurde selbst das Verlangen nach gesellschaftlichen Reformen zur Wurzel und Antrieb des Terrorismus denunziert. Diese Entwicklung hatte auf internationaler Ebene zur Folge, dass linke Befreiungsbewegungen und Regierungen unter den Verdacht des Totalitarismus fielen, während rechtsgerichtete Diktaturen von dem Feindbild ausgenommen waren, da diese nur als autoritäre Regime oder gar als autoritäre Demokratien angesehen wurden, die den Kapitalismus nicht abschaffen wollten.<sup>21</sup>

Nach dem Bitburg-Besuch 1985 versuchte der konservative Historiker Ernst Nolte, die Totalitarismusthese so zu überarbeiten, dass der linke Totalitarismus als Urheber des rechten, faschistischen Totalitarismus anzusehen ist. Nolte erschienen die nationalsozialistischen Verbrechen als Reaktion und Abwehrmaßnahme gegenüber der kommunistischen Gefahr. Diese These wurde laut Klundt erfolgreich widerlegt, da sich Nolte nur auf das Selbstverständnis der faschistischen Führer bezog, die empirisch-strukturelle Ebene vernachlässigte und weil er die besondere Entwicklung Deutschlands ausgeklammert hatte.<sup>22</sup>

---

<sup>20</sup> Klundt 2000, S. 71.

<sup>21</sup> Klundt 2000, S. 71 f.

<sup>22</sup> Klundt 2000 S. 72.

Nach 1990 erlebte die Totalitarismustheorie als Extremismustheorie eine Renaissance in Wissenschaft und Politik, auf die ich in Kapitel 1.3. näher eingehen werde.

## **1.2. Die klassischen Totalitarismustheorien**

Der Totalitarismus ist in einem engeren Sinne eine bestimmte politische Herrschaftsform und in einem weiteren Sinne wird durch ihn eine bestimmte Gesellschaftsverfassung gekennzeichnet. Das Gegenmodell zum Totalitarismus ist der demokratische Verfassungsstaat. Gegen die Pluralität von Meinungen, Parteien, Wirtschaftssubjekten und der Teilung der Gewalt in der Demokratie stehen das Monopol einer Partei, einer Ideologie und einer Staatswirtschaft im Totalitarismus. Freiheit in der Demokratie bedeutet also marktwirtschaftliche Konkurrenz auf der Basis von Privateigentum und die Aufhebung dieser Pluralität bedeutet Monopolisierung der Macht, Zwang und Terror. Der Unterschied zu früheren Formen von Diktaturen beruhte auf der Anwendung moderner Unterdrückungs- und Manipulationsmechanismen.<sup>23</sup> Nach der geschichtsphilosophischen Konzeption der Totalitarismustheorie konnten sich, durch die Auflösung traditioneller Ordnungen, Bindungen und Wertvorstellungen, totalitäre Bewegungen und Regime entwickeln.<sup>24</sup>

Die Wurzel des Totalitarismus lägen deshalb in Aufklärung und französischer Revolution, Säkularisierung, Industrialisierung und Vermassung.<sup>25</sup> Für Michael Klundt kann das Verlangen nach Emanzipation, gleichen Rechten und Realisierung der Volkssouveränität als Vorstufe des Totalitarismus dargestellt werden.<sup>26</sup>

Für Wolfgang Wippermann war die wichtigste und einflussreichste Totalitarismustheorie in Westdeutschland das Modell von Friedrich und Brze-

---

<sup>23</sup> Klundt 2000, S. 72 f.

<sup>24</sup> Klundt 2000, S. 73, vgl. Wippermann 1997a, S.22f, vgl. Wiegel / Erlinghagen 1999, S. 175.

<sup>25</sup> Klundt 2000, S. 73, vgl. Ortega y Gasset 1932, In: Wippermann 1997a, S. 18.

<sup>26</sup> Klundt 2000, S.73.

zinski. Dagegen wurde die Totalitarismustheorie von Hannah Arendt zwar häufig erwähnt, aber in der konkreten Forschung wenig rezipiert.<sup>27</sup>

Für Hannah Arendt waren totalitäre Staaten ein spezifisch modernes Phänomen, das sich von bisherigen autoritären Regimen darin unterschied, dass sie die Freiheit nicht nur einschränkten, sondern komplett abschafften. Voraussetzung für die Entstehung neuer Diktaturen war die bereits oben beschriebene Atomisierung und Vermassung der Menschen. Diese Entwicklungen führten in eine Krise, für die die totalitären Diktaturen eine radikale Erklärung hatten: Schuld an der Auflösung der alten Ordnung waren entweder „Rassen“ oder „Klassen“. Deren Vernichtung bzw. Auflösung hätte auch diese Krise überwunden. Ideologie und Terror sind in Hannah Arendts Theorie die Hauptmerkmale totalitärer Staaten, wie der Sowjetunion unter Stalin oder dem Dritten Reich.<sup>28</sup> Dabei machte Hannah Arendt im Vorwort der deutschen Ausgabe deutlich, dass man die Sowjetunion nach Stalins Tod, „im strengen Sinne des Wortes nicht mehr totalitär nennen“ kann, äußerte sich jedoch weder zu den Ostblockstaaten noch zur DDR.<sup>29</sup>

Die amerikanischen Politologen Carl-Joachim Friedrich und Zbigniew Brzezinski haben den Totalitarismus als ein idealtypisches, statisches Modell entwickelt und, anders als Hannah Arendt, keine historisch beschreibende Theorie des Totalitarismus vorgelegt. Nach ihrer Theorie sind Staaten als totalitär zu bezeichnen wenn folgende Bedingungen erfüllt sind: eine Ideologie, die sich gegen eine Klasse oder Rasse richtet, ein Terrorsystem, das sich gegen eine Klasse oder Rasse richtet, eine vollständige unter Kontrolle stehende Wirtschaft, ein monolithisches geschlossenes Einparteienregime mit einem allmächtigen Führer und ein Waffen- und Nachrichtenmonopol.<sup>30</sup>

Dieses Modell konnte allerdings keine Wandlungen und Wendungen innerhalb der Geschichte totalitärer Staaten erklären, da es zu idealtypisch und statisch war. Wippermann führt aus, dass deutsche und internationale KommunismusforscherInnen und später auch Nationalsozialismusforscher-

---

<sup>27</sup> Wippermann 1997a, S. 21.

<sup>28</sup> Wippermann 1997b, S. 13.

<sup>29</sup> Arendt 1975, S.24 f, In: Wippermann 1997b, S. 28.

<sup>30</sup> Wippermann 1997b, S. 13.

Innen, deshalb zwischen dem 1970er und 1980er Jahre das Modell von Friedrich und Brzezinski mehr oder weniger aufgegeben haben.<sup>31</sup>

Anders als Wippermann stellt Michael Klundt in seinem Buch „Geschichtspolitik“ die Forschung Erlinghagens und Wiegels vor, die vier verschiedene Totalitarismusmodelle beschrieben haben: das klassische statische Modell von Friedrich und Brzezinski, das dynamische von Kershaw<sup>32</sup>, das ideengeschichtliche von Söllner<sup>33</sup> und das historisch-genetische Totalitarismusmodell von Nolte. Dabei stellten sie fest, dass nur das dynamische Totalitarismusmodell gewisse Erklärungsmöglichkeiten bietet, weil es nur differenziert und eingeschränkt benutzt wird. Jedoch lasse sich durch kein Totalitarismusmodell eine Erklärung für Genese, Struktur und Funktion von Stalinismus und Faschismus finden.<sup>34</sup>

### **1.3. Geschichte der Extremismustheorie**

Der Begriff des Extremismus hat seine Wurzel in der Staatsgründung der BRD und dem Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Grundgesetz 1948/1949. Für Wolfgang Wippermann hatte die Totalitarismustheorie in der Bundesrepublik von Anfang an den Charakter einer Staatsideologie.<sup>35</sup> Schon während der Versammlung des Parlamentarischen Rats 1948/1949 sprachen sich einige Verfassungsväter für die Sicherung der persönlichen Freiheit gegen totalitäre Staatsbestrebungen aus und der Staatsrechtler und spätere Verfassungsrichter Gerhard Leibholz bezeichnete nationalsozialistischen und kommunistischen Totalitarismus als negatives Gegenbild zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung.<sup>36</sup>

In einem führenden Kommentar zum Grundgesetz von Mauz, Düring, Herzog und Scholz bestätigte man diese Aussage und schloss daraus, dass

---

<sup>31</sup> Wippermann 1997b, S. 14 f.

<sup>32</sup> Kershaw 1999.

<sup>33</sup> Zu Söllner, Grunenberg und Hornung vgl. Erlinghagen / Wiegel 1999, S. 172 – 175.

<sup>34</sup> Klundt 2000, S. 75, vgl. Erlinghagen / Wiegel 1999, S. 156 -187.

<sup>35</sup> Wippermann 1997a, S. 45.

<sup>36</sup> Leibholz 1954, Das Phänomen des totalen Staates, In: Festschrift für Herbert Kraus, Kitzingen, S.156-162, abgedruckt in: Seidel/Jenker (Hrsg.) 1968, Wege der Totalitarismusforschung, S. 123-132, In: Wippermann 1997a, S. 46.



alle auf den Totalitarismus abzielenden Bestrebungen von vornherein zu verhindern seien.<sup>37</sup>

Um den Begriff der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu präzisieren griff man auf den von Karl Loewenstein entwickelten Begriff der „militant democracy“, also der streitbaren oder wehrhaften Demokratie, zurück. Regierung und Volk verpflichten sich zu einem antitotalitären Grundkonsens und dies führte im Jahre 1956 zum Verbot der KPD und einer strikt antikommunistischen Außenpolitik.<sup>38</sup>

Dieser antikommunistische Kurs stärkte zwar die parlamentarische Demokratie und die Verankerung im westlichen Bündnis, hatte jedoch auch Auswirkungen auf das innenpolitische Klima, da Forderungen von links tendenziell als kommunistisch diskreditiert wurden.<sup>39</sup>

Mit der zunehmenden Entspannung im außenpolitischen Bereich in den 1970er und 1980er Jahren, kam es auch zu einer Veränderung in der Innenpolitik. Berufsverbote wurden schrittweise wieder aufgehoben und die KPD als DKP wieder zugelassen.<sup>40</sup>

Karl Dietrich Bracher kritisierte diese Entwicklungen in seinen *Schlüsselwörtern der Geschichte*: „Der Totalitarismus von links und rechts war die grundlegende Erfahrung (= der Bundesrepublik), und daraus folgte, dass das Selbstverständnis der zweiten deutschen Republik auf einem offenem Demokratiebegriff beruhte und sich Verfassungsinstitutionen schuf, die gegen totalitäre Tendenzen schützen sollten. (...) Vor diesem Hintergrund musste es von schwerwiegender, das Selbstverständnis der Bundesrepublik treffender Bedeutung sein, wenn der Totalitarismusbegriff in der wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion durch den Faschismusbegriff ersetzt wurde (...). Die Folgen sind unübersehbar. Denn hier geschah zugleich ein allmählicher Abbau jener Hemmungen und Schutzvorkehrungen der wehrhaften Demokratie, die Staat und Gesellschaft vor neuen Polarisierungen und extremen Ideologisierungen bewahren und verhindern sollten.“<sup>41</sup>

---

<sup>37</sup> Mauz / Düring / Herzog / Scholz 1974, In: Wippermann 1997a, S. 46.

<sup>38</sup> Wippermann 1997a, S. 47 f.

<sup>39</sup> Kleßmann 1986, S. 256, In: Wippermann 1997a, S. 48.

<sup>40</sup> Wippermann 1997a, S. 49.

<sup>41</sup> Bracher, Schlüsselwörter der Geschichte, S. 103f, In: Wippermann 1997a, S. 49.

Die politischen Morde seitens linker Splittergruppen in den 70er Jahren schienen diese Befürchtungen und Mahnungen zu bestätigen, allerdings waren diese Gruppen keine Bewegungen sondern nur relativ kleine Personenkreise im Umfeld der politischen Linken. Für Wolfgang Wippermann hat sich der Staat zu teilweise hysterischen Reaktionen hinreisen lassen und selbst WissenschaftlerInnen haben sich in dieser Zeit verleiten lassen und sich nicht nüchtern mit den Ursachen, Strategien, Zielen und Chancen des Terrorismus beschäftigt. Die Debatten um den Terrorismus endeten ziemlich abrupt in den 80er Jahren obwohl es auch weiterhin terroristische Anschläge gab, auch von Rechts.<sup>42</sup>

Terrorismus wurde ab den 80er Jahren als höchste Intensitätsstufe des Extremismus bezeichnet. Dabei handelt es sich bei dem Begriff des Extremismus um ein politisches Phänomen, das bis in die 70er Jahre als Radikalismus bezeichnet wurde. Der Verfassungsschutz hatte allerdings bereits 1973 eine Differenzierung zwischen linkem und rechtem Radikalismus und linkem und rechtem Extremismus vorgenommen.<sup>43</sup>

Diese Differenzierung ist juristisch gesehen jedoch irrelevant, da eine Organisation vom Verfassungsschutz beobachtet wird, falls sie als verfassungsfeindlich eingestuft wird. Extremismus ist also kein Rechtsbegriff, da er in keinem Gesetz auftaucht und daher auch keine juristischen Konsequenzen hat. Nach Wolfgang Wippermann ist der Begriffswandel von Totalitarismus zu Extremismus nie hinreichend begründet worden. Jedoch ist der Extremismusbegriff mittlerweile zu einem Ersatzbegriff für das umstrittene Totalitarismuskonzept geworden. Politologen, die dieses Konzept übernommen haben und denen es gelungen ist, große Teile der politischen und wissenschaftlichen Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass es Extremismusforschung gebe und geben müsse, sind für Wippermann vor allem Uwe Backes und Eckhard Jesse.<sup>44</sup>

Extremismus ist laut Backes und Jesse eine Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen, die sich in der

---

<sup>42</sup> Wippermann 1997a, S. 49 f.

<sup>43</sup> Wippermann 1997a, S. 51 f.

<sup>44</sup> Wippermann 1997a, S. 52.

Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte und Spielregeln einig wissen.<sup>45</sup>

#### **1.4. Die klassische Extremismustheorie**

Wie sich in den vorherigen Kapiteln gezeigt hat, nutzte zunächst der Verfassungsschutz den Begriff des Extremismus. Ich gehe daher in diesem Abschnitt vor allem auf die ExtremismusforscherInnen ein die vom Verfassungsschutz rezipiert werden. Der sächsische Innenminister Markus Ulbig und die Bundesfamilienministerin Kristina Schröder beziehen sich in ihren Äußerungen und Handlungen immer wieder auf die Ergebnisse dieser ForscherInnen und deswegen sind sie für die Frage nach den Auswirkungen auf die Soziale Arbeit sehr relevant.

Für Armin Pfahl-Traughber ist politischer Extremismus eine Sammelbezeichnung für unterschiedliche antidemokratische Bestrebungen. Der Begriff definiert sich negativ über die Ablehnung der Demokratie. Dabei wird der Begriff Demokratie als Synonym für den modernen demokratischen Verfassungsstaat, gekennzeichnet durch das Mehrheitsprinzip, die Volkssouveränität, sowie die Anbindung an eine auf den Menschenrechten basierende Verfassung, verstanden.<sup>46</sup> Pfahl-Traughber betont, dass die unterschiedlichen politischen Phänomene, die zusammengefasst werden, sich stark ideologisch unterscheiden, jedoch bei der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates Gemeinsamkeiten aufwiesen. Strukturelle Gemeinsamkeiten sind für ihn offensive und defensive Absolutheitsansprüche, Dogmatismus, Utopismus bzw. kategorischer Utopie-Verzicht, Freund-Feind-Stereotype, Verschwörungstheorien, Fanatismus und Aktivismus, aber auch ein antipluralistisches Politik- und Gesellschaftsverständnis, gestützt auf Auffassungen von der Homogenität des Volkes und auf formalen oder informalen Autoritarismus.<sup>47</sup>

---

<sup>45</sup> Backes / Jesse 1989, S. 33, In: Wippermann 1997a, S. 53.

<sup>46</sup> Pfahl-Traughber 1999, S. 12

<sup>47</sup> Backes/Jesse 1993, S. 36-45, In: Pfahl-Traughber 1999, S. 12.

Der Extremismusbegriff ist die Anwendung des Totalitarismusbegriffs auf die antidemokratischen Kräfte, die innerhalb des demokratischen Verfassungsstaates wirken.<sup>48</sup>

Für Eckhard Jesse ist der demokratische Verfassungsstaat der Widerpart des politischen Extremismus. Die Basis der Verfassung setzt sich dabei aus zwei Bestandteilen zusammen. Zum einen aus der demokratischen Komponente, also der Anerkennung des Prinzips der Volkssouveränität und dem Ethos fundamentaler Menschengleichheit und zum anderen aus der konstitutionellen Komponente, also die Geltung des Rechtsstaatsprinzips. Der demokratische Verfassungsstaat ist für Jesse eine Synthese aus älteren Traditionen der Freiheitssicherung mit neuen Formen der Demokratie.<sup>49</sup> Während LinksextremistInnen in Konflikt mit der konstitutionellen Komponente stehen und das Gleichheitsdogma verabsolutierten, lehnten RechtsextremistInnen die demokratische Komponente ab und verneinten das ethische Prinzip der Fundamentalgleichheit der Menschen.

Unter dem Begriff des Extremismus können also neben linken auch rechte Strömungen subsumiert werden. Allerdings zählt Jesse auch den politisch-religiösen Fundamentalismus und besonders den islamistischen Fundamentalismus dazu. Seiner Meinung nach strebt jede extremistische Bewegung danach, sobald sie an die Macht käme, einen autoritären oder totalitären Staat zu errichten. Jedoch sei dies nicht immer prognostizierbar.<sup>50</sup>

Des Weiteren wähnen sich ExtremistenInnen im Besitz der alleinigen Wahrheit und verfechten ihre für richtig erachteten Ziele kompromisslos und unerbittlich. Für Eckhard Jesse neigen sie außerdem zu Verschwörungstheorien und erklären eigene Misserfolge durch die Manipulation finsterner Mächte.<sup>51</sup>

Auch für ihn sind die Merkmale des Extremismus die Identitätstheorie der Demokratie, Freund-Feind-Stereotype, ein hohes Maß an ideologischem Dogmatismus und ein Missionsbewußtsein. Die Bejahung und Anwendung

---

<sup>48</sup> Jesse 2004, S. 13.

<sup>49</sup> Jesse 2004, S. 9 f.

<sup>50</sup> Jesse 2004, S. 10.

<sup>51</sup> Jesse 2004, S. 11.

von Gewalt ist ein weiteres Merkmal, allerdings nicht das ausschlaggebende.<sup>52</sup>

## **2. Kritik an Totalitarismus und Extremismus**

Dieses Kapitel beinhaltet sowohl die historische Kritik am Totalitarismus wie auch die aktuelle Kritik am Extremismusbegriff und deren Auswirkungen. Den Abschluss bildet die Vorstellung der Gruppe INEX, die meiner Meinung nach einen interessanten Lösungsvorschlag für das Spannungsverhältnis zwischen der Praxis Sozialer Arbeit und der Totalitarismustheorie gefunden hat.

### ***2.1. Kritik an der Totalitarismustheorie***

Wie bereits im ersten Kapitel deutlich wurde, zeigt die Geschichte des Totalitarismus heftige Schwankungen, die eher politische als wissenschaftliche Ursachen hatten. Nachdem die Totalitarismustheorie ihren ersten Höhepunkt mit dem Abschluss des Hitler-Stalin-Paktes hatte, verschwand sie während der Anti-Hitler-Koalition wieder sehr schnell aus wissenschaftlichen und politischen Debatten. Erst mit dem Beginn des Kalten Krieges beeinflusste die Theorie bis in die 60er Jahre wieder politische Diskurse. Zu dieser Zeit wurde das Totalitarismusmodell jedoch weitgehend durch die Faschismustheorie ersetzt. Erst nach dem Zusammenbruch des Sozialismus kam es wieder zu einer Renaissance der Theorie.<sup>53</sup>

Dabei muss selbst Eckhard Jesse, Totalitarismustheoretiker und maßgeblich an der heutigen Entwicklung der Extremismustheorie beteiligt, feststellen: „Offenbar spielt auch für Wissenschaftler die normative Kraft des Faktischen für die faktische Kraft des Normativen eine große Rolle – um nicht zu sagen: der Zeitgeist.“<sup>54</sup>

---

<sup>52</sup> Jesse 2004, S. 11.

<sup>53</sup> Klundt 2000, S. 76.

<sup>54</sup> Klundt 2000, S. 76, vgl. Jesse 1994, S. 12.

Für Michael Klundt kann geschlussfolgert werden, dass das Totalitarismusmodell wenig zur Erklärung der Geschichte beigetragen hat und eher eine funktionale Ideologie als eine politische Theorie darstellt. Jedoch lässt sich seiner Meinung nach Einiges über die Ideengeschichte und das jeweilige herrschende Geschichtsbewusstsein lernen, was wiederum helfen kann die realpolitische Gesellschaftsgeschichte zu verstehen.<sup>55</sup>

Weiterhin schreibt Klundt, die Funktion des Totalitarismusparadigmas bestünde darin, den Interessengegensatz von Kapital und Arbeit ideologisch zu ebnen um ihn durch den Gegensatz zwischen der Mitte und linken und rechten Extremen zu ersetzen.<sup>56</sup>

Franz Neumann fasste die Kritik am Totalitarismus bereits 1977 folgendermaßen zusammen: „Es (das Totalitarismustheorem; S.C.) trägt systemkritischen Ansätzen still oder laut selbst den Totalitarismusvorwurf entgegen und macht das Bestehende als das Wahre gegen sie geltend. Zum andern: Es zielt seiner inneren Tendenz nach gar nicht in erster Linie auf den vergangenen Faschismus, sondern auf den gegenwärtigen Kommunismus.“<sup>57</sup>

Auch für Wolfgang Wippermann beginnt die Kritik an der Totalitarismustheorie mit dem Tod Stalins 1953 und den bedeutsamen Wandlungen in der Sowjetunion nach dem 20. Parteitag der KPdSU 1956. Diese Entwicklungen konnten von dem gängigen statischen Totalitarismusmodell von Friedrich und Brzezinski nicht berücksichtigt werden und führten zwangsläufig zur Anpassung an die Realität.<sup>58</sup> Das führte dazu, dass die meisten deutschen und internationalen Kommunismusforscher in den 70er und 80er Jahren das Modell von Friedrich und Brzezinski in Zweifel gestellt und mehr oder weniger aufgegeben haben.<sup>59</sup> Auch in der Nationalsozialismusforschung wurden die Mängel des statischen Modells von Friedrich und Brzezinski deutlich. Schon 1961 erklärte Otto Stammer, die These, nach

---

<sup>55</sup> Klundt 2000, S. 76.

<sup>56</sup> Klundt 2000, S. 74.

<sup>57</sup> Neumann 1977, S. 440.

<sup>58</sup> Wippermann 1997a, S. 35 f.

<sup>59</sup> Wippermann 1997a, S. 37.

der „die faschistische und kommunistische totalitären Diktaturen in ihren wesentlichen Zügen gleich sind“, sei falsch.<sup>60</sup>

So fanden NS-Forscher heraus dass wesentliche Elemente der Totalitarismustheorie in der Realität von Nazi-Deutschland nicht anzutreffen waren. Die Wirtschaft im Dritten Reich war eben nicht einer totalen staatlichen Kontrolle unterworfen und das nationalsozialistische Regime besaß, im Unterschied zum kommunistischen, völlig andere sozioökonomische Strukturen. Außerdem gab es eine gegensätzliche ideologische Zielsetzung, die sich in Deutschland gegen die Juden und in der Sowjetunion gegen bestimmte soziale Schichten und Klassen richtete. Dies führte dazu, dass in der Nationalsozialismusforschung die Totalitarismustheorie aufgegeben wurde und einige HistorikerInnen den Nationalsozialismus als faschistische Diktatur einordneten.<sup>61</sup>

Die grundsätzliche Frage für Wippermann ist deswegen, „ob die Faschismustheorien (und Totalitarismustheorien!) in der Lage sind, der Spezifik des Holocausts gerecht zu werden.“ Problematisch ist dass beide Begriffe einen Doppelcharakter besitzen, da sie auf der einen Seite Teil wissenschaftlicher Theorie und auf der anderen Seite politische Kampfbegriffe sind.<sup>62</sup>

## **2.2. Kritik an der Extremismustheorie**

Die Kritik am Extremismusbegriff ist vielfältig. Zum einen sind auch hier Wolfgang Wippermann und Michael Klundt zu nennen. Nach der Ablehnung des Sächsischen Förderpreis für Demokratie durch den Akubiz e.V. aus Pirna erhielt die Debatte jedoch eine neue Dimension. Seitdem ebbten die Pressemeldungen nicht ab und KritikerInnen und BefürworterInnen des Extremismusbegriffs führen einen nicht endenden Schlagabtausch.

Für Wolfgang Wippermann gab und gibt es sehr wohl Bewegungen und Parteien die am linken und rechten Ende unseres Parteienspektrums exis-

---

<sup>60</sup> Stammer 1961, In: Seidel/Jenker (Hrsg.) 1968, Wege der Totalitarismusforschung, S. 422, In: Wippermann 1997a, S. 38.

<sup>61</sup> Wippermann 1997a, S. 38 f.

<sup>62</sup> Wippermann 1997a, S. 41.

tieren. Man stellt sich in Anlehnung an die Sitzordnung der meisten europäischen Staaten einen Halbkreis oder Hufeisen vor, in dem sich die linken und rechten Extreme näher kommen. Tatsächlich jedoch haben fast alle ForscherInnen Rechtsextremismus nicht als Variante des Extremismus sondern als eigene Kategorie angesehen und deswegen auf die Vergleiche zwischen linksextremen und rechtsextremen Bewegungen und Erscheinungen verzichtet. Ausnahmen bilden hier vor allem Pfahl-Traugher, Kowalsky, Backes und Jesse, die für Wippermann eine Art Zitierkartell gebildet hätten.<sup>63</sup>

Prof. Roland Roth, Politikwissenschaftler an der Hochschule Magdeburg-Stendal, benennt als Ursache für die Kritik, den Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Regierung, in dem angekündigt wurde, die Programme gegen Rechtsextremismus um die Schwerpunkte Linksextremismus und Islamismus zu ergänzen. Zuständig dafür war die Bundesfamilienministerin Kristina Schröder.

Grundsätzlich spräche nichts dagegen, präventiv mit Gruppierungen zu arbeiten, die sich aus religiösen oder kapitalismuskritischen, linken Motiven gegen die bestehende Verhältnisse wenden, aber dazu bedarf es einer angemessenen Lageeinschätzung. Die Bundesprogramme, die im Jahre 2000 starteten, haben im Rechtsextremismus, vor allem in fremdenfeindlichen, antisemitischen und rassistischen Gewalttaten die zentrale gesellschaftliche Herausforderung gesehen. Durch die Erweiterung und Umwidmung des Programms kommt es zu einem Perspektivwechsel, bei dem andere Gefährdungen gleichbedeutend ins Blickfeld geraten. Dabei kann weder die Bundesregierung belastbare Daten vorlegen, noch kann der Verfassungsschutz einen Rückgang politisch rechts motivierter Gewalt vorweisen. Ein weiterer Kritikpunkt ist für ihn der allzu große Extremismustopf. Beispielsweise der Umgang mit der Partei Die Linke macht deutlich, dass die These von der unbelasteten Mitte bröseln, wenn gesellschaftliche Mehrheiten in Ostdeutschland der Parole zustimmen, in Deutschland gebe es zu viele Ausländer. Dass die Extremismusforschung eher meinungsstark als analytisch gehaltvoll ist, macht die Definition der Bundeszentrale

---

<sup>63</sup> Wippermann 1997a, S. 55.



für politische Bildung deutlich. Politischer Extremismus zeichnet sich dadurch aus, „dass er den demokratischen Verfassungsstaat ablehnt und beseitigen will. Alle Varianten des Extremismus negieren demzufolge die Pluralität der Interessen, das damit verbundene Mehrparteiensystem und das Recht auf Opposition. Der Extremismus ist gekennzeichnet durch die Identitätstheorie der Demokratie, durch Freund-Feind-Stereotypen, durch ein hohes Maß an ideologischem Dogmatismus und in der Regel durch ein Missionsbewußtsein“.

Für Roland Roth ist diese Merkmalsammlung von Eckhard Jesse nur ein Kessel Bunt, denn Neonazis hängen keiner Identitätstheorie der Demokratie an und Linke negieren nicht grundsätzlich Interessenpluralität. Beurteilt man die Extremismusformel nur nach ihrer diagnostischen Kraft, so erscheint sie mehr als dürftig, jedoch besitzt sie eine machtvolle institutionelle Grundlage: die Formulierung des Grundgesetzes über die freiheitlich-demokratische Grundordnung (fdGO). Die Leitidee der wehrhaften bzw. streitbaren Demokratie, gestützt auf den Konsequenzen des Scheiterns der Weimarer Republik, wurde durch Parteienverbote des Bundesverfassungsgerichts und die Praxis der Verfassungsschutzämter weiterentwickelt und in staatliches Handeln umgesetzt.

Die Neigung des Verfassungsschutzes, die Grundrechte zu verkürzen, um den Status Quo zu erhalten, sind für Roth offensichtlich. Als Beleg dafür gilt die Observierung einiger Teile der Linkspartei, die die Verstaatlichung und die Überführung bestimmter Wirtschaftsbereiche ins Gemeineigentum fordern, obwohl dies laut Grundgesetz Artikel 14 und 15 durchaus verfassungsgemäße Forderungen sind.

Im Vordergrund steht nicht eine gelebte Demokratie, die auf die Fähigkeit zur Veränderung und Selbstkorrektur durch die BürgerInnenschaft als Souverän setzt, sondern die staatliche Ordnung, die durchaus legitime Verfassungspositionen als extremistisch ausgrenzt und verfolgt.

Durch die Renaissance der Extremismusformel droht eine Verstaatlichung der Zivilgesellschaft. Roths Vorschlag lautet, mehr Demokratie zu wagen und Themen wie Alltagsrassismus, rechtsextreme Mobilisierungen aber auch neoliberale Globalisierung, Gentrifizierung, Atomkraft, Kriege und Folgen der Finanzkrise ernst zu nehmen und öffentlich zu debattieren.

Denn gerade die letztgenannten Streitthemen einfach mit dem Etikett Linksextremismus zu belegen und auszugrenzen führt zu einer rückwärts-gewandten und zukunftsfeindlichen politischen Kultur.<sup>64</sup>

Im Kapitel 3.3. werde ich näher auf die Extremismusklausel eingehen, ihren Inhalt und ihre Kritiker vorstellen.

### **2.3. Die Initiative gegen jeden Extremismusbegriff (INEX)**

Am 15.01.2010 führte ich von 15.00 Uhr bis 16.00 Uhr ein Interview mit Ulrich Schuster von der *Initiative gegen jeden Extremismusbegriff* in Leipzig. Ulrich Schuster ist gelernter Gießereifacharbeiter und hat von 1993–2002 Kommunikationswissenschaft und Politikwissenschaft studiert. Er ist zur Zeit Projektkoordinator im Antidiskriminierungsbüro Sachsen für das Projekt *Fair in der Kita, Antidiskriminierungspädagogik für ErzieherInnen und GrundschullehrerInnen*. Ehrenamtlich war Ulrich Schuster Vereinsvorsitzender im Conne Island von 1993–2002, im Bündnis gegen Rechts in Leipzig bis 2006 und bei der Zeitschrift phase 2 bis 2009. Darüber hinaus ist er bis heute bei INEX sowie als pädagogischer Trainer für politische Bildung bei der Landesarbeitsgemeinschaft politisch-kulturelle Bildung (LAG pokubi) aktiv.

Im folgenden Abschnitt werde ich die Hintergründe, Beweggründe und Aussagen der Gruppe vorstellen.

Die Gruppe INEX gründete sich Anfang des Jahres 2008, nachdem es in Leipzig während der Silvesternacht zu Krawallen zwischen linken Jugendlichen und der Polizei gekommen war. Ein Teil der dort anwesenden Jugendlichen ging während des Polizeieinsatzes in das Conne Island zu einer Disko. Dies führte in den folgenden Tagen und Wochen in Medien und in politische Gremien zu Diskussionen darüber, ob das Conne Island ein Zentrum von Linksextremen sei. Nach der Aussage Ulrich Schusters, wurde von CDU Politikern und Wissenschaftlern wie Eckhard Jesse geäußert, „dass diese Silvestereignisse beste Beispiel dafür sind, wie der Linksex-

---

<sup>64</sup> Roth 2010, S. 25 f.

tremismus, vor allem in Leipzig, unterschätzt würde.“<sup>65</sup> Ein weiteres Beispiel dafür seien auch die antifaschistischen Demonstrationen und Bündnisse gegen Nazi-Aufmärsche in Leipzig. Diese Bündnisse, getragen von breiten Koalitionen bestehend aus SPD, Grünen, Die Linke und freien Bürgerparteien, waren für Jesse ein Beweis für einen eher linken Konsens und eine Unterschätzung der linksextremistischen Gefahr. Das Conne Island, ein unabhängiges, soziokulturelles Zentrum, wurde plötzlich zu einem konkreten Feindbild.<sup>66</sup>

Tatsächlich treffen sich im Conne Island häufig Menschen mit einem linken oder antifaschistischen Selbstverständnis, doch daneben besuchen das Zentrum auch Personen und Gruppen, die primär am Kulturschaffen interessiert sind, bis hin zu Jugendlichen, die keinen politischen Ansatz haben, sondern, zum Beispiel nur Skateboard fahren möchten. Seit April 2008 hat INEX auch eine Internetpräsenz, auf der sie ihren Aufruf „Gegen jeden Extremismus“ publiziert. Die Gruppe wollte mehr tun als nur Solidaritätserklärungen herauszugeben oder -demos zu veranstalten, denn es ging schließlich um eine etwaige Schließung des Conne Island. Die Gruppe wollte den Begründungszusammenhang zwischen Krawallen und dem Conne Island hinterfragen, den sie im Extremismusansatz ausmachten. Das Ziel ihrer Kampagne ist, viele Menschen davon zu überzeugen, dass die Extremismustheorie nicht plausibel ist, sondern ein politisches Instrument, um eine bestimmte Vorstellung von Demokratie und Politik durchzusetzen. Dabei wendet sich dieses Extremismusmodell gegen abweichende Demokratievorstellungen. Die Position von INEX ist, dass das Conne Island, eine Berechtigung hat zu sein, auch wenn es einen gesellschaftskritischeren Begriff von Demokratie vertritt. Dabei könne der Extremismusbegriff Phänomene wie Nazis und deren Ideologie, und besonders deren Verankerung in breiten gesellschaftlichen Kreisen analytisch nicht fassen. Für die Gruppe INEX ist der Hintergrund des Denkens mit dem Extremismusbegriff ein relativ autoritäres Weltbild, das Grauzonen die in Konflikt mit dem Gesetz geraten, wie zivilen Ungehorsam, von ihrer Vorstellung von Demokratie ausschließen. Dabei hat die Extremismustheorie für Ulrich

---

<sup>65</sup> siehe S. 36.

<sup>66</sup> siehe S. 36 f.

Schuster eine gewisse Eigendynamik entwickelt. Der Grund dafür ist wiederum eine relativ große konservative Basis in Sachsen, die durch fortwährende Ereignisse, wie Krawalle bei Nazidemos etc., diese Theorie immer wieder anbringen und sich auch durch die Kritik daran bestätigt fühlen.

Dabei wird Extremismus keineswegs nur von Konservativen oder der „Mitte“ gedacht, sondern auch von Linken. Allerdings benutzen Linke die Bezeichnung „extrem“ für die Rechten und würden sich selbst häufig in der Mitte einordnen und höchstens Terror als Extremismus kennzeichnen. Obwohl man wahrscheinlich Mitglieder der Partei Die Linke eher über die Problematik des Extremismusbegriffs aufklären kann, weil sie einen anderen Vorstellung von Demokratie und gesellschaftlicher Veränderung haben, stellt sich für Ulrich Schuster die Frage, in wie weit die Linkspartei zu den Kritikern des Extremismus gehören würden, wenn sie selbst nie von Extremismusvorwürfen betroffen gewesen wären?<sup>67</sup>

Der Lösungsvorschlag von INEX sieht vor, den Begriff auf mehreren Ebenen zu delegitimieren. Zum einen müsse die wissenschaftliche Kritik ausgebaut werden, die die Zweifel an der Theorie mehrt. Auf der anderen Seite müssten zivilgesellschaftliche oder staatliche Institutionen auf den Begriff verzichten, ihn kritisch hinterfragen und versuchen, Alternativen zu finden. Dabei betont Ulrich das noch grundsätzlichere Ziel, den Begriff nicht mehr zu denken. INEX geht es darum, die politische Wirklichkeit in Zukunft anders wahrzunehmen.

Ein konkreter Vorschlag der Gruppe lautet, die NPD zum Beispiel als „Nazis“ zu bezeichnen, weil die größtenteils Nationalsozialismus anstreben. Der Begriff Rechtsextreme würde diesen Sachverhalt schon wieder verwischen, weil er Parallelen zu Rechtspopulisten oder Rechtskonservativen herstellt. Für INEX finden sich bei jedem extremistischen Phänomen Anknüpfungspunkte zur Mitte. Deswegen sei es falsch in Extremen zu denken.

Der letzte Punkt, den INEX erreichen will, ist ein toleranteres Vorstellungsmodell von Politik und Demokratie. Dabei geht es um die Bejahung

---

<sup>67</sup> siehe S. 42 ff.

politischer Kritik und inhaltlich politischer Auseinandersetzung. Es geht ihnen um die Bejahung von Teilhabe und zivilen Ungehorsam, eines kritischen Bewusstseins gegenüber Instrumenten des Staates und staatlicher Kontrolle, sowie einer grundsätzlichen Kritik am Kapitalismus oder der bestehenden demokratischen Grundordnung etc.. Statt extremismustheoretischen Denkens plädiert INEX für eine radikalere Demokratie.

Sollten bestimmte alternative Zentren wegen der Extremismusklausel geschlossen werden, so birgt dies große Gefahren für Jugend- und Sozialarbeit. Wenn eine bestimmte alternative Subkultur nicht mehr in einer Region vertreten ist, wenn offenere Vorstellungen von Kultur und Politik nicht mehr existieren, bedeutet dies, dass kulturelle Wüsten entstehen und linke politische Kritik damit ein Stück weit abgeschafft wird. Damit ist die politische und kulturelle Vielfalt bedroht und dies bringt eine Einschränkung der Lebensqualität vor Ort, für Menschen die anders aussehen oder anders sind mit sich. Des Weiteren gibt Ulrich zu bedenken, dass dieser Ansatz sich auch ausdehnen kann und der Bereich dessen, was als Extremismus definiert wird, sich vergrößert. Somit könnte in Zukunft jede kritische Strömung betroffen sein.

Seit dem Antritt der Rot-Grünen Koalition auf Bundesebene, wurde der Geltungsbereich von Rassismus, Antisemitismus etc. ausgedehnt und es wurde unterhalb des Extremismusansatzes gearbeitet. Diese Entwicklung könnte wieder einen Rückschritt nehmen falls sich die aktuellen Tendenzen verstetigen. Bestimmte Projekte die auf breiteren gesellschaftlichen oder sozialarbeiterischen Ebenen gearbeitet haben, könnten zurück gedrängt werden und durch so etwas wie akzeptierende Jugendarbeit ersetzt werden. Eventuell kommt es wieder zu einer rechten Hegemonie, die in bestimmten Regionen seit den 90er Jahren gebrochen werden konnte, wie zum Beispiel in Leipzig oder Roßwein, Döbeln und Leisnig.

Ulrich Schuster weist allerdings darauf hin, dass die Kritik an der Extremismustheorie immer noch stark ist und die zukünftige Entwicklung sehr davon abhängig ist, in wie weit sich diese Theorie politisch durchsetzen kann. Dabei müsse die Kritik immer wieder neu bemüht werden, genauso wie die Extremismustheorie im Laufe ihrer Geschichte selbst.

Ulrich Schuster fasst das aktuelle Dilemma soziokultureller Zentren zusammen: „Heute müssen sich Leute, die inhaltlich gute Arbeit geleistet haben, entscheiden, mit wem sie arbeiten und, was sie für ein politisches Selbstverständnis in ihrem Alltag benutzen.“<sup>68</sup>

### **3. Der Treibhaus e.V. und soziokulturelle Vereine**

In diesem Kapitel möchte ich zuerst klären, was Soziokultur überhaupt ist um dann aufzuzeigen, welche Bedeutung Jugendzentren oder Soziokulturelle Zentren für Städte und Regionen haben. Dabei kann ich meiner Ansicht nach, und das Gespräch mit Ulrich Schuster hat mich darin bestärkt, den Treibhaus e.V. beispielhaft für andere soziokulturelle Vereine, wie dem Akubiz e.V. aus Pirna oder dem Conne Island aus Leipzig, behandeln. Die Gemeinsamkeiten dieser Zentren liegen in dem meist antifaschistischen, basisdemokratischen, alternativen und gemeinnützigen Selbstverständnis. Die Vereinsarbeit funktioniert hauptsächlich ehrenamtlich, ist aber in bestimmten Bereichen auf kontinuierliche Förderung von Stadt, Freistaat oder Bund angewiesen.

#### ***3.1. Begriffsklärung und Bedeutung Soziokultureller Vereine***

Ich beziehe mich in meiner Begriffserklärung von Soziokultur auf die Definition des Landesverbands Soziokultur Sachsen.

Für den Landesverband resultiert die Bezeichnung Soziokultur aus der Kritik einer auf Kunst eingeeengten Kultur und Kulturpolitik. Kultur ist demnach mehr als nur eine rein geistige Sphäre, die nichts mit dem Alltag und Leben der Menschen zu tun hat. Der enge Kulturbegriff, der nur Kunst als Kultur gelten lasse, gebe vor, unveränderlich zu sein und ewige Werte zu transportieren. Dabei sollte man Kultur als einen zu gestaltenden Ort des

---

<sup>68</sup> siehe S. 53.

Lebens zu begreifen, der für jedeN offen und durch jedeN zu bereichern ist. Deswegen soll auch Kulturpolitik keine Kunstpolitik sein, sondern Teil einer umfassenden Gesellschaftspolitik. Soziokultur ist deshalb als eine aktive Kultur, vor allem in Einrichtungen und Initiativen zu verstehen, die vor Ort die Stadt, den Stadtteil oder die Region beleben wollen. Dabei wird Soziokultur von vielen verschiedenen Menschen gestaltet.

Soziokultur will vielen Menschen Zugänge zur Kreativität eröffnen und ist nicht als eine Bewegung gegen die Kunst zu sehen.

Der Landesverband definiert Soziokultur als eine breitenkulturelle Praxisform mit sozialräumlicher Ausrichtung, die viele Menschen erreicht und aktiv einbindet. Sie ermöglicht dadurch Podien für generations- und spartenübergreifende Gestaltung, politische Bildung, künstlerische Betätigung und Kommunikation. Dabei haben die soziokulturellen Zentren eine zentrale Bedeutung u.a. für die Themen der Umwelt-, Friedens- oder Frauenbewegung. Ein weiterer wichtiger Bestandteil soziokultureller Arbeit ist die offene Kinder- und Jugendarbeit.<sup>69</sup>

Soziokulturelle und alternative Jugendzentren arbeiten meistens gemeinnützig, d. h. sie verfolgen in erster Linie keine eigenwirtschaftlichen Zwecke und die Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Des Weiteren dürfen Mitglieder des Vereins keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins erhalten.<sup>70</sup>

Diese Tatsachen machen deutlich, dass soziokulturelle Vereine und Jugendzentren eine enorme Bedeutung für Kultur und alternative Kultur haben. Die Zentren sind ein zivilgesellschaftlicher Motor und im Kampf gegen „Rechtsextremismus“ ein verlässlicher Partner. Außerdem sind sie nach wie vor Schutzraum für Menschen, die nicht in das Weltbild „Rechtsextremer“ passen und die sich bedroht fühlen bzw. bedroht werden.

---

<sup>69</sup> <http://www.soziokultur-sachsen.de/soziokultur.html> abgerufen am 21.01.2011 um 15.22 Uhr.

<sup>70</sup> siehe S. 48 f.

### **3.2. Der Treibhaus e.V. Döbeln**

Der soziokulturelle Verein Treibhaus e.V. gründete sich 1997 aufgrund der zu diesem Zeitpunkt noch wenig ausgeprägten Strukturen im Bereich der alternativen Jugendkultur- und Soziokulturellen Arbeit in der Region Döbeln.

Ein weiterer wichtiger Aspekt für die Gründung von Jugendzentren, nicht nur in Döbeln sondern im gesamten damaligen Landkreis Döbeln, wahrscheinlich im gesamten Freistaat Sachsen, war die Hegemonie rechter Skinheads seit Anfang der 90er Jahre u.a. in städtischen Jugendclubs, auf Stadtfesten und in Schulen. Alternativ aussehende junge Menschen, MigrantInnen, Punks und linke Jugendliche benötigten Schutzräume, in denen sie sich ohne Diskriminierung und Gewalt entwickeln und verwirklichen konnten. So kam es im Landkreis Döbeln unter anderem auch zur Gründung des Jugendhaus Roßwein 1995, des Jugendzentrum Zigarre in Leisnig 1996(-1999) später dann des Alternativen Jugendzentrum Leisnig 2000 und schließlich zur Gründung des Treibhaus e.V. Döbeln 1997.

Nach meiner Erfahrung definierte sich der Treibhaus-Verein zu Beginn stark über ein antifaschistisches und antirassistisches Selbstverständnis. Es gab eine starke Vernetzung von alternativen Jugendlichen der Hardcore Musikszenen aus dem gesamten Landkreis Döbeln. Teilweise fungierten diese als Security für eigene Konzerte oder, um sich im Fall rechter Übergriffe, gegenseitig zu unterstützen. Erste Treffen für eine Vereinsgründung fanden im Jugendhaus Roßwein statt. Schon ein Jahr nach der Gründung kam die Arbeit wieder zum Erliegen, weil die ersten Bemühungen, einen Raum zu finden, fehlschlagen. Neben dem jugendlichen Eifer kann dafür auch die fehlende Kooperationsbereitschaft der Stadt Döbeln eine Ursache gewesen sein. Erst mit der Unterstützung der PDS und der Nutzung ihres Vereinsraums als Treffpunkt wurde die Arbeit 1999 wieder aufgenommen. Nach meiner Erinnerung trafen sich dort auch antifaschistisch organisierte Jugendliche. Personelle Überschneidungen zwischen dem Verein und den antifaschistisch organisierten Jugendlichen waren unausweichlich. Allerdings gab es schon damals die Übereinstimmung unter den



Mitgliedern, dass der Verein ausnahmslos mit friedlichen Mitteln agiert und arbeitet.

Aufgrund der offensichtlichen Nähe zu linker Politik, wegen des antisozialistischen Selbstverständnisses und der Nähe zur PDS, gab es auch erste Vorwürfe, der Treibhaus e.V. sei die „PDS Jugend“ oder ein linksextremer Verein. Auch nach gründlicher Recherche im Zeitungsarchiv des Vereins konnte ich allerdings nur Beschuldigungen der NPD gegenüber dem Treibhaus finden und leider nicht, wie ich mich erinnere, Anschuldigungen von JournalistInnen oder StadtpolitikerInnen.<sup>71</sup> Auch meine Eltern waren dem Verein gegenüber kritisch eingestellt und hatten es mir nicht gestattet dem Verein beizutreten, weil es ein linker Verein sei. Erst mit meiner Volljährigkeit 2003 konnte ich die Eintrittserklärung selbst unterschreiben. Allerdings hatte ich bis dahin trotzdem aktiv mitgeholfen und schließlich hatte sich auch die Ansicht meiner Eltern zum Verein gewandelt. Erst 1999 wurde die Arbeit wieder aufgenommen und schließlich 2001, mit Hilfe des damaligen SPD Bürgermeisters Axel Buschmann und der Döbelner Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft (DWVG), das Erdgeschoss des ehemaligen Hotel Rätze gemietet und ins Café Courage verwandelt. Dazu beigetragen hat sicherlich zum einen die Tatsache, dass der damalige Geschäftsführer der DWVG mit den Zielen des Vereins sympathisierte. Die zweite wichtige Tatsache war der Wechsel der politischen Machtverhältnisse mit der Wahl Axel Buschmanns zum Bürgermeister, durch die Unterstützung der PDS Fraktion 2001. Ohne die Unterstützung der PDS und ganz besonders ohne die Nutzung des Vereinsraums der PDS wäre der Treibhaus e.V. eventuell wieder eingeschlafen.

Im Jahre 2002 entstand im Kreis Mobiler Beratungsteams und Mitgliedern des Treibhaus e.V. die Idee, eine „Netzwerkstelle“ zur Koordinationsstelle für Anti-Rechtsextremismusbearbeitung in der Region zu etablieren. Damit gab es, gefördert vom Bund durch das Projekt Civitas, die erste hauptamtliche Stelle im Verein. Im selben Jahr schloss sich eine unpolitische Gruppe junger Döbelner Skateboarder, die so genannte Skate Force Döbeln (SFD) dem Verein an.

---

<sup>71</sup> siehe S. 63 ff.

Weiterhin waren eine Gruppe von StudentInnen und Ex-StudentInnen der Fakultät Sozialer Arbeit Roßwein aktiv, die ehrenamtlich als Anti-Rassistische-Initiative-Döbeln (ARID), der Netzwerkstelle bei der Migrationsberatung halfen und dafür 2005 den Preis „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ vom Bündnis für Demokratie und Toleranz erhielten.

Seit 2006 gibt es jährlich eine Interkulturelle Woche mit unterschiedlichen Partnern und Institutionen. Allerdings ist der Verein bis heute federführend für die Organisation verantwortlich.

Ebenfalls in diesem Jahr kündigt die DWVG ihre Insolvenz und die Versteigerung mehrerer Objekte an, u.a. auch die des Hauses auf der Bahnhofstraße. Gerüchten zufolge, soll auch die NPD Interesse geäußert haben das Haus zu kaufen. Auch deswegen gründete sich der Verein *Haus der Demokratie e.V.* (HDD) und startet eine Spendenkampagne, um die notwendigen 20.000 € zu sammeln.

Nach rechten Überfällen 2001 und 2004 erfolgt der bis heute schlimmste Überfall auf das Café Courage durch Rechtsextreme von der Nazikameradschaft Sturm 34 im Februar 2007 während einer Kabarettveranstaltung. Die Täter waren scheinbar von der Zusammensetzung des Publikums überrascht, handelte es sich doch vorwiegend um ältere BürgerInnen und nicht um linke Jugendliche und Punks. Dennoch verletzten sie mehrere Menschen und verursachten Sachschaden der bundesweit mediale Beachtung fand. Noch im selben Jahr wird der Treibhaus e.V. für seine Bildungs- und Aufklärungsarbeit zu den Themen Demokratie, Rechtsextremismus und Antisemitismus von Wolfgang Schäuble, Brigitte Zypries und dem Bündnis für Demokratie und Toleranz zum „Botschafter der Toleranz“ gekürt.

Nach einer erfolgreichen Spendensammlung kaufte der HDD im Februar 2008 das Haus an der Bahnhofstraße 56. Damit war die Zukunft des Treibhaus e.V. und seiner Projekte zumindest aus dieser Sicht gesichert.

Im November 2008 erhielt der Verein den Sächsischen Förderpreis für Demokratie, damals allerdings noch ohne Klausel.

Zusammen mit anderen Partnern wurde 2009 das Netzwerk Migration Mittelsachsen zur Wahrung der Interessen der MigrantInnen im Landkreis Mittelsachsen gegründet. Im Jahre 2010 gründeten Mitglieder und Sympathi-

santen des Vereins die *TeilSein-Stiftung* um Soziokultur im Landkreis Mittelsachsen langfristig zu unterstützen und zu sichern.

Ab 2011 steht der Verein mit seiner Jugendarbeit erstmals auf der Regelfinanzierungsliste des Landkreises Mittelsachsen und steigert damit die Kontinuität der Vereinsarbeit. Zu den wichtigsten Geldgebern zählen neben der Stadt Döbeln auch der Landkreis Mittelsachsen (früher Landkreis Döbeln), das Landesprogramm Weltoffenes Sachsen, das Bundesprogramm Lokaler Aktions- Plan, der Kulturraum Erzgebirge-Mittelsachsen, die Kulturstiftung des Bundes und die Aktion Mensch. Die Einnahmen aus Spenden sind gering und könnten den Umfang der Angebote nicht abdecken. Dieser Sachverhalt macht deutlich, wie wichtig Förderprogramme für die Existenz des Vereins sind.

Heute sind 10 Menschen hauptamtlich im Verein beschäftigt und weitere 30 engagieren sich ehrenamtlich. Daneben gibt es noch diverse Praktika für SchülerInnen und StudentInnen. Insgesamt hat der Verein zur Zeit 109 Mitglieder.

Mit über 100 Veranstaltungen pro Jahr in Döbeln und der näheren Umgebung und ca. 8000 BesucherInnen ist der Verein ein wichtiger Anlaufpunkt für alle Menschen des Landkreises. Auch in der Migrationsberatung, die ausschließlich auf ehrenamtlicher Basis geschieht, zeigt sich an bereits 100 erkämpften festen Aufenthaltsgenehmigungen die positive Wirkung des Vereins.

Mit einer kostenlosen Jugendmediathek und einer kostengünstigen Computer- Lounge wird auch sozial schwächeren Menschen der Zugang zu Informationen und neuen Medien gewährleistet.

Seit einiger Zeit fungiert der Verein auch als Anlaufpunkt für die Ableistung von Strafstunden und nimmt dabei auch Leute auf, die „niemand haben will“. Auch dieser Bereich wird nicht gefördert.

Auf der Landesebene ist der Verein in verschiedenen Netzwerken und Verbänden organisiert, unter anderem im Netzwerk tolerantes Sachsen, dem Landesverband Soziokultur und dem Kreisjugendring Mittelsachsen. Außerdem ist der Verein in der Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe Mittelsachsen aktiv.

Im Jahre 1997 gab es in der Stadt Döbeln noch keine nicht-kommerziell ausgerichtete, soziokulturelle Einrichtung, die alternativen jugendkulturellen Angeboten wie Konzerten, Lesungen oder Kabarettaufführungen genügend Raum geboten hätten. Die im Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) vorgesehene Trägervielfalt war nicht verwirklicht. Beide damalige Jugendeinrichtungen in Döbeln waren in städtischer Trägerschaft. Das Kulturangebot für junge Leute, vor allem in Theater und Kino, orientiert sich meist nur am so genannten Mainstream. Deswegen sollte zusätzlich zum vorhandenen Angebot ein abwechslungsreiches, alternatives Programm zur Verfügung gestellt werden. Der erste wichtige Pfeiler der Vereinsarbeit ist also die Kulturarbeit. Der zweite wichtige Pfeiler für die Arbeit des Vereins ist die politische Bildungsarbeit. Durch Diskussionsforen, Workshops, Vorträge und Seminare zu sozialen und weltpolitischen Themen soll den jungen und älteren Menschen ein außerschulisches Bildungsangebot offeriert werden, das ihnen hilft für Themen wie Demokratie und Multikulturalität aber auch Antisemitismus, Intoleranz, Rassismus und „Rechtsextremismus“ sensibilisiert zu werden.

Durch ein vielfältiges Bildungs- und kulturelles Angebot und durch das Eingebundensein in einen Verein, durch aktives Mitmachen, wird dazu beigetragen Abwanderungstendenzen unter jungen Menschen und damit wiederum den demografischen Wandel, zumindest teilweise zu verhindern. Dabei ist es wichtig vor allem jungen Leuten Anreize zu schaffen, sich in ihrer Region einzubringen um eine gewisse Identifikation mit seiner Heimat zu entwickeln. Dies trägt auch zu einer allmählichen Steigerung der Lebensqualität vor Ort bei.

Der Zweck des Vereins ist es, ein überregionales Zentrum mit soziokulturellem Charakter zur Förderung von Bildung, Kunst und Kultur zu schaffen. Der Verein schafft als Träger der freien Jugendhilfe Angebote der offenen Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit. Diese Arbeit erfolgt unter der Einhaltung bestimmter Prinzipien. Es geht dem Treibhaus e.V. um das Eintreten für ein friedliches und gewaltfreies Miteinander, die Förderung und Verwirklichung humaner, sozialer und demokratischer Denk- und Verhal-

tensweisen, gegen Diskriminierung, Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Sexismus und für soziale und politische Emanzipation.<sup>72</sup>

Das basisdemokratische Selbstverständnis des Vereins und der Mitglieder ist schriftlich in der Satzung festgehalten und beweist sich in den sehr langen monatlichen Vorstandssitzungen oder den jährlichen Mitgliederversammlungen, in denen über fast alles diskutiert und abgestimmt wird.<sup>73</sup> Dabei ist genau dies der beste Beweis für gelebte Demokratie, in dem die Jugendlichen eigene Demokratieerfahrungen machen können.

### **3.3. Aktuelle Auswirkungen der Extremismustheorie**

Das erste Bundesland, das die Vorschläge von Kristina Schröder konkret aufgegriffen hat, ist der Freistaat Sachsen. Im Rahmen der Verleihung des Sächsischen Förderpreis für Demokratie, wurde erstmals den Preisträgern eine so genannte Extremismusklausel zum Unterschreiben vorgelegt. Der Wortlaut dieser Klausel lautet: „Hiermit bestätigen wir, dass wir uns zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen und eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit gewährleisten. Als Träger der geförderten Maßnahmen haben wir zudem im Rahmen unserer Möglichkeiten (Literatur, Kontakte zu anderen Trägern, Referenzen, die jährlichen Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder etc.) und auf eigene Verantwortung dafür Sorge tragen, dass die als Partner ausgewählten Organisationen, Referenten etc. sich ebenfalls den Zielen des Grundgesetzes verpflichten. Uns ist bewusst, dass keinesfalls der Anschein erweckt werden darf, dass eine Unterstützung extremistischer Strukturen durch die Gewährung materieller und immaterieller Leistungen Vorschub geleistet wird.“<sup>74</sup>

Der Preisträger, der Akubiz e.V., hat dies jedoch abgelehnt und damit auch auf das Preisgeld verzichtet. Der Fall erregte bundesweit Aufsehen und sorgte dafür, dass eine Solidaritätskampagne gestartet wurde, um

---

<sup>72</sup> siehe S. 49.

<sup>73</sup> siehe S. 49 ff.

<sup>74</sup> Battis 2010, S. 5 f.

dem Akubiz e.V. zu unterstützen und den entstandenen finanziellen Verlust zu beheben.<sup>75</sup> Mittlerweile ist die Klausel auch in den Bundesprogrammen zur Demokratie- und Toleranzförderung untergebracht worden. Neben „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ und „Initiative Demokratie stärken“ betrifft dies auch das Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen“.

Der Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V., Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V., Kulturbüro Sachsen e.V. und die Opferperspektive Brandenburg e.V. haben den Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Dr. h.c. Ulrich Battis von der Humboldt-Universität zu Berlin damit beauftragt, die Zulässigkeit der Extremismusklausel im Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ zu überprüfen. Er kommt dabei zu dem Schluss, dass es ein legitimes Ziel sei nur Projektträger zu fördern, die sich für die Demokratie im Sinne des Grundgesetzes einsetzen und der erste Satz der Klausel somit geeignet und angemessen sei. Anders verhält es sich für ihn mit den beiden weiteren Sätzen. Es sei unklar, wer überhaupt mit Partner gemeint sei, welche Möglichkeiten es zur Kontrolle und Prüfung gäbe und ab welchen Verdachtsgrad anzunehmen sei, dass ein Partner nicht im Sinne des Grundgesetzes tätig sei. Die Forderung einer Kontrolle der Partner sei unverhältnismäßig und kaum durchführbar, außerdem könnte sie zu einer erheblichen Belastung der Kooperation führen. Dies steht im Gegensatz zu der Idee der Vernetzung, welche auf Vertrauen basiert. Würde man den Passus streichen und nur ein Bekenntnis zum Grundgesetz einfordern, wäre dies absolut ausreichend.

Zudem erklärt Battis: „Der zweite und dritte Satz der Bestätigungserklärung stellen einen Verstoß gegen Art. 3 Abs. 1 GG in Verbindung mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und dem Bestimmtheitsgebot und sind daher mit dem Grundgesetz nicht vereinbar“.<sup>76</sup>

Nichts desto trotz wird diese Klausel, unverändert, bereits in Sachsen angewandt. Vor kurzem erklärte ein Sprecher des Innenministers Uhlig, man solle quer durch alle Ministerien eine solche Erklärung fordern, zum Beispiel auch von Fußballvereinen oder Freiwilligen Feuerwehren. Mittlerweile wurde dieser Vorstoß zurückgezogen. Inzwischen sind jedoch auch schon

---

<sup>75</sup> siehe <http://ablehnung.blogspot.de/>.

<sup>76</sup> Battis 2010, S. 2 ff.

Kommunen betroffen. So musste die Stadt Riesa eine solche Erklärung unterzeichnen um die Mittel für den Lokalen Aktionsplan zu bekommen, was den Bürgermeister bei 2 NPD Stadträten in Riesa in ein Dilemma brachte.

Selbst Ex-Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye äußerte gegenüber Deutschlandradio Kultur, dass es zwischen den Phänomenen von Links- und Rechtsextremismus einen erheblichen Unterschied gebe und nannte als Beleg dafür die Zahlen der Todesopfer – nämlich nach inoffiziellen Angaben mindestens 140 Opfer rechtsextremistischer Gewalt seit 1990 und 0 Todesopfer linksextremistischer Gewalt nach inoffiziellen und offiziellen Angaben.<sup>77</sup>

Auf eine Anfrage des sächsischen Landtagsabgeordneten Miro Jennerjahn, welchen Anlass es eigentlich für die Einführung dieser Maßnahme gäbe und welche Fördermittelempfänger über das Programm "Weltoffenes Sachsen" in den Jahren 2005 bis 2010 gefördert wurden, die nach derzeitiger Auffassung der Staatsregierung unter Extremismusverdacht stehen würden, antwortete Innenminister Markus Ulbig, es gebe keine solche Projekte. Für Jennerjahn ist damit offensichtlich, dass die bereits bestehenden Instrumente ausreichen, da nur solche Vereine gefördert werden, die der Zielsetzung des Landesprogramms entsprechen. Nach einer Anfrage der Grünen, wie das Bundesfamilienministerium mit der Einschätzung von Battis umgehe, wurde erklärt, man nähme sie zur Kenntnis, bleibe aber bei der Ansicht, dass die Erklärung rechtmäßig und angemessen sei.<sup>78</sup>

Für Kristina Schröder zeigen diese Proteste nur, „dass wir da einen Wunden Punkt getroffen haben“. Sie findet: „Unsere Gesellschaft ist zu recht sehr sensibel gegenüber Rechtsextremismus, aber sie neigt bisher dazu, Linksextremismus und Islamismus kleinzureden und zu verharmlosen.“<sup>79</sup>

Seit dem 12. Januar 2011 existiert zu der Erklärung nun die Anlage „Hinweise zur Erklärung für Demokratie“, die allerdings immer noch Fragen offen lässt und vom Prinzip des Extremismusverdachts nicht abweicht.

---

<sup>77</sup> <http://npd-blog.info/2010/12/06/battis-schroders-klausel-verstost-gegen-das-grundgesetz/> abgerufen am 22.01.2011 um 17.05 Uhr.

<sup>78</sup> <http://npd-blog.info/2011/01/21/extremismus-erklarung-without-a-cause/> abgerufen am 22.01.2011 um 17.47 Uhr.

<sup>79</sup> Spiegel 3 /2011, S. 49.

Auch die Amadeo-Antonio-Stiftung, die seit 12 Jahren gegen „Rechtsextremismus“ und Rassismus kämpft, ist mittlerweile von den Klauseln betroffen. Die Vorsitzende Anetta Kahane sah sich vor kurzem gezwungen, die Erklärung zu unterschreiben, da sonst die Fördermittel für die Aktionswochen gegen Antisemitismus ausgeblieben wären. Der Protest der Vereine und Initiativen übrig bleibt, ist es zum einen zum Märtyrer zu werden und auf das Fördergeld zu verzichten; dabei allerdings die Konsequenzen für Angestellte aber auch für gesellschaftliche Entwicklungen in Regionen hinzunehmen. Auf der anderen Seite bleibt der Weg des Protestes den Frau Kahane ging. Sie schrieb einen Kommentar auf die Verpflichtungserklärung, in dem sie ihre Kritikpunkte erläutert. Meiner Ansicht ist diese Möglichkeit auch die Einzige, die der großen Masse an zivilgesellschaftlichen Organisationen übrig bleibt. Der Großteil kann es sich nicht leisten auf Fördergelder zu verzichten und wird so eine Erklärung auch gegen alle Bedenken unterschreiben.<sup>80</sup>

Auch der Treibhaus e.V. ist, wie schon gesagt, von Fördermitteln abhängig und gerade das bildungspolitische Projekt FAIR – Fit gegen Antisemitismus, Intoleranz und Rassismus wird vom Programm „Weltoffenes Sachsen“ gefördert. Der Verein wird die Erklärung, sobald sie vorliegt, unterschreiben, um seine Arbeit fortsetzen zu können. Mehr als ein kritischer Kommentar wird aber auch hier nicht erfolgen.

Prof. Dr. Gesine Schwan von der Viadrina Universität fasst ihre Gedanken zur Diskussion so zusammen: „Das eröffnet politischer Manipulation und willkürlichem Behördenverdacht Tür und Tor und erstickt die demokratische Auseinandersetzung zugunsten von arroganter obrigkeitsstaatlicher Machtausübung“. Es ist und bleibt, wie auch immer die Formulierungen des Ministeriums ausfallen mag, grundsätzlich problematisch, Projekte, die sich für Demokratie und gegen Rassismus, Antisemitismus und Neonazismus einsetzen, aufzufordern, ihre Partner auf Demokratiefähigkeit zu überprüfen. Die Projekte sind ohnehin chronisch unterfinanziert und können ihre eigene Arbeit, nur mit vielen Überstunden verrichten. Die Überprüfung potentieller Partnerinnen und Partner würde nur noch mehr büro-

---

<sup>80</sup> Spiegel 3 /2011, S. 48 f.



kratischen Aufwand bedeuten, der die Projekte von ihrer eigentlichen Aufgabe, dem Engagement für Demokratie abhielte.<sup>81</sup>

## **4. Zusammenfassung und Ausblick**

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass weder die Totalitarismustheorie noch die Extremismustheorie in Forschung und Wissenschaft dazu beigetragen haben, die jeweiligen Phänomene von Nationalsozialismus, Faschismus, Sozialismus, Stalinismus oder Links- und Rechtsextremismus zu erklären. Sie liefern weder Aufschlüsse noch beantworten sie die Fragen, warum, wie und wieso diese Systeme funktionierten und funktionieren. Deshalb ist die differenzierte Betrachtung von Nationalsozialismus und Stalinismus, sowie von italienischen Faschismus und DDR-Sozialismus und schließlich auch von linker, rechter und fundamentalistischer Gewalt dringend notwendig. Politische Aufklärung und Demokratie sind nicht am Ende der Geschichte angelangt und dürfen nicht mit dem jetzigen Stand der Dinge abgeschlossen sein. Die Kritik an bestehenden Machtverhältnissen und gesellschaftlichen Entwicklungen hat nicht zwangsläufig mit Extremismus oder Totalitarismus zu tun, sondern ist ein Zeichen für eine wirklich demokratische, wenn auch kritischere, Kultur und Gesellschaft.

Den Protest gegen die Theorie und die Extremismusklausel empfinde ich als positives Phänomen. Eventuell hat dieser jedoch dazu geführt, und Frau Schröder fühlt sich ja bestätigt, dass das Konzept sogar beschleunigt wurde. Die weitere Entwicklung bleibt vorerst ungewiss. Meiner Meinung nach würde die Umsetzung der Pläne Schröders langfristige Konsequenzen haben, die erst in mehreren Jahren sichtbar werden, jedoch dann sicherlich mehr Kosten verursachen werden bzw. nicht wieder gut zu machen sind.

Der Vorschlag Ulrich Schusters, das Demokratie- und Pluralitätsverständnis Eckhard Jesses und Kristina Schröders zu untersuchen, und damit den

---

<sup>81</sup> <http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/meldungen/extreme-zeiten-4027/> abgerufen am 22.01.2011 um 16.41 Uhr.

offensichtlich verkürzten Demokratiebegriff der beiden offen zu legen, erscheint mir konstruktiv. Nach meiner Auffassung stehen alle beide politisch rechts der Mitte und damit zeigt sich auch die politische Dimension ihrer Bemühungen. Anetta Kahane befürchtete weitere Verschärfungen und statt eines neuen Radikalenerlasses kommt es vielleicht zu einem Extremistenerlass und damit wieder zu faktischen Berufsverboten.<sup>82</sup>

Abgesehen von dem in dieser Arbeit Dargelegten, erscheint es mir auch in der Praxis der Sozialen Arbeit nicht sinnvoll, gegen „Extremismus“ zu arbeiten. Es ist weder möglich, mit allen gleichzeitig zu arbeiten, noch nacheinander mit ihnen zu arbeiten. Für jedes Klientel brauchen SozialarbeiterInnen anderes Faktenwissen und Beweggründe und Motivation von „Extremisten“ unterscheiden sich genauso wie der Zugang zu den jeweiligen Gruppen. Auch in der Sozialen Arbeit ist es notwendig, die Phänomene differenziert zu betrachten und zu bearbeiten.

Des Weiteren haben Bespitzelung und Misstrauen nichts in der Praxis Sozialer Arbeit verloren, höchstens in einem totalitären Staat.

Das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung sollte nicht nur von fördermittelabhängigen Vereinen kommen sondern alles und jeden einbeziehen, oder eben keinen.

Falls in Zukunft soziokulturelle Projekte geschlossen werden, dann bedeutet dies einen enormen Verlust für die betreffenden Regionen. Meiner Ansicht nach würde die Zivilgesellschaft dort einen starken Motor verlieren und damit würden sich rechte Strukturen verfestigen und ausbauen. Damit wäre die jahrelange, fruchtbare Arbeit gegen „Rechtsextremismus“, Intoleranz, Antisemitismus und für Demokratie und Multikulturalität umsonst gewesen, denn diese brauchen vor allem Kontinuität und Sicherheit.

Nur eine lebendige Demokratie kann glaubwürdig für demokratische Werte eintreten.

---

<sup>82</sup> Spiegel, S. 49.

## Anlagen

### ***Interview mit Ulrich Schuster von INEX am 15.01.2010***

Stephan Conrad (Interviewer – I 1):

Ja, hallo Uli, warum Inex, was ist Inex und wie arbeitet Inex?

Ulrich Schuster (Befragte Person – B 1):

Der Name von INEX ist Initiative gegen jeden Extremismusbegriff und gegründet hat sich INEX vor ungefähr zwei Jahren. Der Anlass war ein sehr konkreter. Es gab damals nach einem Silvester, an dem in Leipzig am Connewitzer Kreuz ungefähr 1000 Jugendliche gefeiert haben und es einen starken Polizeieinsatz gegeben hat gegen diese Jugendlichen. Ein Teil der Augenzeugen hat gesagt, dass die Polizei vor allem massiv da vorgegangen ist, kam es dazu, dass einige von den Jugendlichen die da anwesend sind, in das Conne Island zu einer Disko gegangen sind. Oder praktisch vor der Polizei die dann die Straßen geräumt hat, dort hin geflüchtet sind und das führte in der Lokalen Zeitung zu einer Debatte darüber, in wie fern Extremisten, so genannte Extremisten, das Conne Island als Homebase benutzen. Und es gab eine relative starke Stimmung von CDU Politikern und ähm bis hin zu von Journalisten ins Spiel gebrachten Wissenschaftlern wie Eckhard Jesse, die gesagt haben, dass diese Silvesterereignisse beste Beispiele dafür sind wie der Linksextremismus, vor allem in Leipzig, unterschätzt würde. Und ein Beispiel dafür waren auch die Demonstrationen von Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen Naziaufmärsche, die in Leipzig sehr oft stattfinden sollten und ab und zu von so Bürgerbündnissen verhindert worden sind. Und das geschah auch mit Billigung und Unterstützung, sehr oft von Leipziger PolitikerInnen und Politikern. Die Koalitionen reichte teilweise von den Grünen bis zur SPD, über die PDS – Linke, bis hin zu ähm ja, so freie Bürgerparteien, also eher so Liberalen. Und das war für Jesse damals auch ein Beispiel, dass es eher so einen linken Konsens gibt und eine Unterschätzung der linksextremistischen Gefahr und das Conne Island war ein Beispiel. Einige Leute haben gemerkt, dass sich da ein Diskurs verschärft, der generell natürlich schon

existiert und der jetzt aber ein konkretes Ergebnis oder ein konkretes Feindbild haben kann. Nämlich so ein Jugendprojekt wie das Conne Island, also ein unabhängiger, soziokultureller, ein unabhängiges, soziokulturelles Zentrum, in dem sich die verschiedensten Gruppen treffen. Sehr oft tatsächlich mit nem linken Selbstverständnis oder nem antifaschistischen Selbstverständnis, sehr oft einfach nur Kultur, alternative Kulturinitiativen oder Menschen die Kultur machen wollen. Also wirklich ein buntes Spektrum bis hin zu Jugendlichen die überhaupt keinen politischen Ansatz haben, sondern einfach nur Skateboard fahren wollen etc.. Und dieser Laden schien auf einmal in dieses Kreuzfeuer zu geraten. Von so nem Ansatz der natürlich auf so ner konkreten Verdeutlichung brauch um seine Wirksamkeit zu erweisen. Und das hat dazu geführt das sich Leute zusammengefunden haben, gesagt haben, wir müssen vielleicht mal gucken wie wir dieses Zentrum unterstützen können, wenn das jetzt vielleicht Forderungen gibt das zu schließen und die kursierten damals, dann ziemlich schnell nach diesen Silvesterereignissen. Und einen teil dieser Leute hat sich gesagt, es bringt überhaupt nichts jetzt so ne, nur einfach so ne Solidaritätserklärung oder - demonstration oder so zu machen, sondern es geht viel mehr darum, diesen Begründungszusammenhang, dass man den hinterfragt diesen Begründungszusammenhang, der sich letztendlich als Extremismusansatz herausstellt. Den zu hinterfragen und zu gucken wie plausibel der überhaupt ist und es gab natürlich damals schon so was wie nen inhaltlichen Vorlauf und das Ziel war eigentlich eine Kampagne zu starten, in der mehrere Menschen möglichst sehr, sehr, viele davon überzeugt werden können, dass der Extremismusansatz überhaupt nicht plausibel ist und eher ein politisches Instrument ist, der eingesetzt wird um genau ein bestimmtes, ne bestimmte Vorstellung von Demokratie, ne bestimmte Vorstellung von Politik und ne bestimmte Vorstellung von dem was in ner Demokratie möglich ist durchzusetzen und tatsächlich sich gegen andere Demokarteivorstellungen, die eben so legitim sind, meiner Meinung nach, gewendet hat. Also zu sagen, das ist wirklich ein politisches Instrument und das zumindest deutlich zu machen und dann auf so nem politischen, ne politische Auseinandersetzung zu führen und zu sagen unsre Position ist, oder unsere Auffassung ist, das das Conne Island

sehr wohl en, auch unter demokratischen Gesichtspunkten ne Berechtigung hat zu sein, auch wenn die teilweise eben mit gesellschaftskritischen Begriff von Demokratie hat. Und so hat sich INEX gegründet. Das war damals also en sehr konkreter Anlass, der dann en bisschen zu nem weiteren Verständnis davon führte was man eigentlich machen möchte.

I 1: Also du hast es gerade schon angedeutet. Ähm, empfindet ihr das diese aktuelle Entwicklung, mit den Extremismusklauseln etc., politisch gewollt ist um unliebsame Projekte raus zu schmeißen aus Fördertöpfen?

B 1: Also auf jeden Fall ist es politisch, en politisches Konzept. Ich glaube, dass en politisches Konzept auch ne gewissermaßen in ner Eigenlogik funktioniert. Also ich glaube es gibt von solchen Leuten wie, oder die Menschen die dieses Konzept vertreten, die haben ein bestimmtes Weltbild und da ist dieses Konzept ein Teil davon, ne Vorstellung davon was als demokratisch gilt. Als demokratisch gilt eine gewisse Rechtmäßigkeit des Tuns, das muss irgendwie gesetzlich legitimiert sein und ähm, alles was gegen Gesetze verstößt oder was vielleicht bestimmte Ordnungsvorstellungen überschreitet das ist per se, wird per se einfach undemokratisch eingeschätzt und Spielräume die dazwischen liegen, sozusagen Grauzonen, wo demokratisches Engagement, ziviler Ungehorsam etc., auch in Konflikt mit bestimmten Vorstellungen oder bestimmten Interpretationen von Rechtmäßigkeit geraten können, die gehören da nicht dazu. So denken Leute, ich glaube nicht, dass alle Leute sofort zu instrumentell denken und sagen, sie wollen dieses Projekt raus drängen, beispielsweise weil es zu wenig Fördergelder gibt. Ich glaube, dass es eher so ist, dass es ne bestimmte politische Gruppe von Menschen gibt, zu den ich jetzt zum Beispiel Eckhard Jesse, und auch einige PolitikerInnen und Politikern der CDU zählen würde, die von Hintergrund, oder von nem Hintergrund relativ konservativen und autoritären Weltbildes, generell Gesellschaft betrachten und wenn sie dann konkret auf Projekte gucken, merken, dass sie andere Vorstellungen haben oder das sie in ihr Feindbild passen. Aber ich glaube nicht, dass dieser Extremismusansatz so stark geworden ist, weil von vornherein das Ziel bestand bestimmte Projekte raus zu drängen, sondern

ich glaube da haben sich, da hat sich eher so ne gewisse Dynamik entwickelt. Da hat sich ne Dynamik entwickelt aus, ähm. Es gibt praktisch so ne konservatives, konservative Basis, die sehr stark ist hier in Sachsen und es gab dann immer wieder fortwährende Ereignisse, die dazu geführt hat, dass die Leute immer wieder ihren Ansatz angebracht haben und gemerkt haben, in ihren Augen wurde dieser Ansatz immer bestätigt. Es gibt ne extremistische Gefahr, die geht vor allem von links aus und sich immer mit diesem Bild neue Ziele gesucht haben. Es ist ja nicht das erste Mal, dass der Extremismusansatz jetzt Ziele gesucht hat. Sondern das gabs natürlich schon in den letzten Jahren, immer wieder so ne Debatten und auch bestimmte Zentren etc. die geschlossen werden sollten und, ähm, dass kann sich natürlich auch ändern. Gerade ist das Conne Island nicht ganz so gefährdet, ne, das war damals in ner besonderen Situation. Wurde das auf einmal zu so einer Zielmarke und jetzt ist es so, dass jetzt die Debatte um, ähm, die Fördergelder die für bestimmte Projekte nicht mehr ausgezahlt werden sollen, die die Extremismusklausel nicht unterschreiben sollen, das das ja ne Dynamik ist, die ja auch mit der Kritik am Extremismusansatz zu tun hat. Also es gab ja sozusagen die Kritik an diesen Extremismusansätzen, es gab dann die von bundesweit ausgehenden Initiative Linksextremismus stärker zu bekämpfen, wo das noch mal verstärkt worden ist und, ähm, es hätte sicherlich, hättes wahrscheinlich, so wie so, diese ähm, diese, diese, ähm, diese Initiative gegeben, aber ich hab fast ein bisschen das Gefühl, dass diese Hartnäckigkeit mit der jetzt sächsische CDU Politiker, diese Extremismusklausel verteidigen und sagen sie werden die auf jeden Fall bringen, und wie die auch so eingeführt wurde, dass die fast auch so ein bisschen was mit dem Widerstand zu tun hatte dagegen und mit der Kritik daran, dass sie wie noch mal so praktisch bisschen wach gerufen wurden, weil das für sie natürlich ne Bestätigung ist, von dem was sie so wie so als Feindbild erkennen. Aber wie gesagt, ich würde, ich wäre vorsichtig damit jetzt zu sagen, die Klauseln wurden mit dem Ziel von vornherein, ähm, implementiert um, unliebliche Projekte raus zu drängen. Also es gab praktisch schon das Feindbild Projekt und man überlegt sich welches Mittel kann man nehmen um sie zu schaden, sondern ich glaube eher, es gibt ne generelle Weltanschauung von diesen

Projekten, da passt sich, da passen sich diese Klauseln hervorragend ein, wenn man überall extremistische Gefahren sieht und natürlich allgemeiner linksextremistische. Dann will man so was initiieren und konkret trifft es dann irgendwelche Projekte.

B 1: Also wird der Begriff dann eher von konservativen Kräften benutzt?

I 1: Ich würde sagen die Konservativen Kräfte, dass ist natürlich so ne Sammelbezeichnung die, ähm ja, ich hab ihn ja selbst verwendet oder eingeführt ein bisschen, die jetzt, die jetzt schwierig, die jetzt schwierig sich genau abgrenzen lässt von anderen. Zumal es beim Extremismusbegriff ja so ist, dass er natürlich auch teilweise von Linken verwendet wird. Was ich denke ist, dass es ne bestimmte Definition des Extremismusbegriffs gibt, die vorherrschend ist. Die sagt, dass es eben diesen linken und rechten Extremismus gibt und die klar benennt wie der sich von, von ner normalen Mitte unterscheidet. Und die normale Mitte versucht sehr davon abzugrenzen und das vor allem festmacht an Bejahung des Grundgesetzes, Gewaltmonopol, freiheitlich-demokratische Grundordnung und ähm, dass dieses sehr eingeschränkte Verständnis von Politik, dass das in einer konservativen Geisteshaltung, die darauf aus ist das sich in ner Gesellschaft entwickelte Strukturen und vor allen Dingen erhalten, dass die sich immer wieder reproduzieren und dass die sich nicht im Sinne von progressiver Veränderung mehr Teilhabe für mehr Menschen, mehr Gleichheit, mehr demokratische Mitsprache, in diese Richtung verändern, dass der Extremismusansatz zu so einer politischen Haltung sehr entgegen kommt. Also ich glaube, da gibt es sozusagen eine Affinität. Nichts desto trotz denken natürlich auch viele engagierte und Linke Menschen im Sinne von Extremismus, sehen aber meistens die Gefahr dann nur auf der rechten Seite und würden sich selbst, obwohl sie links sind, sich praktisch immer in diese Normalität mit einordnen und würden als linksextremistisch, vielleicht so was wie terroristische Strukturen bezeichnen oder vielleicht noch militante Autonome und würden das grundsätzliche Modell immer in ihrem Sinne auslegen. Ein bisschen so funktioniert beispielsweise auch die, die PDS – Die Linke, deren Kritik am Extremismusansatz meistens so funktioniert, „das ist wirklich schlimm weil der meint auch uns“ und das wä-

re interessant zu wissen, wenn der Extremismusansatz nie gegen die Linke ins Spiel gebracht wurden wäre, in wie fern sie tatsächlich zu den KritikerInnen und Kritikern dieses Ansatz gehören würden. Das ist ein grundsätzliches Problem. Ich denke aber, dass da in diese Affinität nicht dazu kommt. Also ich würde sagen, man könnte eine Linke und ne PDS, tatsächlich kann man eher davon überzeugen das der Extremismusansatz problematisch ist, als man das jetzt vielleicht Konservative könnte. Und zwar nicht nur aufgrund der eigenen Betroffenheit, sondern aufgrund einer anderer Vorstellung für Demokratie und gesellschaftlicher Veränderung.

I 1: Okay. Und wie können wir der Entwicklung begegnen bzw. wie, was für einen Lösungsansatz gibt's mit dem Extremismusbegriff umzugehen oder der Theorie?

B 1: Also aus der Perspektive ner Kritik und das ist ja auch die Perspektive die die INEX beispielsweise einnimmt, ist der, ist die, die Strategie zu sagen, man muss diesen Begriff delegitimieren. Um das zu tun muss man auf mehreren Feldern eigentlich aktiv sein. Und man muss mehrere Felder dazu bringen, dass sie sich verbinden, dass wäre zum einen mal ne wissenschaftliche Kritik am Extremismusbegriff die größer wird und von vielen Leuten eingesehen wird und diesen wissenschaftlichen Background und die wissenschaftlichen Unterstützung, ich sag mal minimiert. Es geht ja jetzt gar, ich red ja nicht von so was wie Ausschalten, Mundtot machen etc., sondern die Zweifel vermehren. Darum geht's. So wie in gewissen Phasen der bundesrepublikanischen Geschichte, die Kritik am Extremismusansatz oder am Totalitarismusansatz schon mal sehr groß war und in vielen ernst zu nehmenden wissenschaftlichen Kreisen die Kritik überwog, gegenüber der Affirmation. In diese Richtung müsste es wieder gehen. Das zweite wäre, dass man den Begriff in der, ähm, sag ich mal zivilgesellschaftlichen Sphäre und auch hier haben wir wieder so ein Abgrenzungsproblem, weil man natürlich manchmal nicht zwischen Zivilgesellschaft und Wissenschaft oder Zivilgesellschaft und Staat so ganz sauber trennen kann, aber wenn man jetzt mal das als Modell oder als Hilfsbegriff gelten lassen und sagen, Zivilgesellschaft sind vor allen Dingen die Grup-



pen, die in der Öffentlichkeit und nicht direkt mit Staatsfunktion oder Verwaltungsfunktionen, ähm, aktiv sind und gesellschaftlich arbeiten, dass diese Gruppen ebenfalls diesen Begriff nicht mehr verwenden. Ihn kritisch sehen, also den Extremismusbegriff kritisch sehen und versuchen Alternativen dazu zu finden oder anders zu operieren und wenn ich sage, diesen Begriff nicht mehr zu verwenden, dann meine ich das eigentlich viel grundsätzlicher, weil das heißt auch den Begriff nicht mehr zu denken, also ihr gesellschaftliches Modell wie sie politische Wirklichkeit ist, wahrnehmen müsste, sich damit mit ändern. Also wenn man jetzt natürlich Rechtsextremismus und Linksextremismus, Rechtsradikalismus und Linksradikalismus sagt und genau dasselbe meint, nämlich linke und rechte Extreme, die sich abtrennen lassen von der normalen Gesellschaft, dann hat man jetzt nicht viel gewonnen. Sondern es geht darum eher inhaltlich zu formulieren was man als demokratische Zielvorstellungen in einer Gesellschaft vertreten will. Was man für gesellschaftliche Werte vertritt und in wie fern das mit, ähm, sich politischen Begriffen bezeichnen lässt und was nicht. Man müsste praktisch selbst überlegen ob man über die Begriffe Links und Rechts noch mal drüber nachdenkt, wobei ich nicht sagen möchte, die gibt's dann nicht mehr. Also wenn man die noch füllen kann dann ist das, ähm, dann kann man die durchaus verwenden, die Frage ist, in wie fern gewisse Projekte, politische Projekte oder gewisse politische Individuen noch unter diese Begriffe fallen würden, wenn man sie neu definiert. Aber man müsste praktisch wirklich tatsächlich Politik neu denken und wenn man dass jetzt konkret machen, weil es sich ja dann besser erklären lässt, dann wäre dass man wenn man den Extremismusansatz sein lässt, erstmal wieder darüber reden müsste in Sachsen wie geht man mit so einem Phänomen wie der NPD, den freien Kameradschaften, autonomen Kameradschaften, freie Kräfte etc. um, wie benennt man die? Unser Vorschlag wäre jetzt zu den Nazis zu sagen, aus dem ganz einfach Grund, dass das was die wollen größtenteils Nationalsozialismus ist. Also man kann da inhaltlich sehr, sehr viel gute Argumente, im Sinne von plausiblen Argumenten finden, dass die tatsächlich einfach nur Nazis sind, die Nationalsozialismus wollen und das man sie als Rechtsextreme auch inhaltlich irgendwie vernimmt, weil dann macht man sie gleich mit allem was irgend-

wie als Rechts gilt. Also nicht nur jetzt irgendwie abgeschnitten von der Gesellschaft gilt, sondern gleichzeitig stellt man Parallelen her mit rechtskonservativen, mit rechtspopulistischen Strömungen und kann diese, diese ähm, Gemeinsamkeiten eigentlich gar nicht so richtig auf den Begriff bringen. Wenn man sich tatsächlich dann diese Strömungen zuwenden würde, wenn man jetzt beispielsweise sich angucken würde welchen Stellenwert vielleicht die Republikaner noch in Sachsen haben oder in Deutschland oder vielleicht anguckt was die Großen oder langsam größer werdenden Strömungen, Gruppierungen der Kritik am Islam die sich teilweise, ähm, ja die sich teilweise als Rechts bezeichnen lassen, weil sie so was wie ne rechte Kulturkritik, ne ethnopluralistische Kulturkritik haben mit einer teilweise neoliberalen Vorstellung von Kapitalismus, die sich also nicht eindeutig als Nationalsozialismus bezeichnen ließen. Dann wäre da jetzt irgendwie die, müsste man sich darüber streiten wie man die benennt, ob man die jetzt rechts nennt, aber man würde es nicht mehr im Extremismus denken, weil bei beiden Strömungen sowohl beim Nationalsozialistischen als auch bei der vielleicht Rechtspopulistischen, finden sich ganz viele Anknüpfungspunkte zur Mitte, also zur gesellschaftlichen Strömung in der Mitte, die man mit dem Begriff Rechtsextremismus eher verwischen würde. Und trotzdem ließen sich Begriffe finden das, um das Phänomen zu benennen, also man könnte durchaus auch aus diesem Hintergrund für ne Alternative plädieren. Das wäre jetzt also tatsächlich das Plädoyer dafür diese Begriffe sein zu lassen und damit das Denken sein zu lassen. Und der letzte Punkt den man anstrebt, den wir anstreben und das ist wahrscheinlich auch der aller schwierigste, oder das ist der aller schwierigste, dass das gleichzeitig bedeuten würde, der Begriff klingt abgedroschen und blöd aber mir fällt grad kein besserer ein, ein toleranteres Vorstellungsmodell von Politik und Demokratie zu entwickeln. Das heißt ein generelles Bejahen von politischer Kritik, von einer politischen Auseinandersetzung die inhaltlich ist und den schärfsten Widerspruch zu lässt, einer Bejahung von Teilhabe und zivilen Ungehorsam, ein kritisches Bewusstsein gegenüber Instrumentarien des Staates und der staatlichen Kontrolle und eine ganz klare und möglichst, ja sehr weitgehende Definition von dem was politisch sagbar ist, was eigentlich nur eine Grenze für mich derzeit kennt und das

wäre die Bejahung von, tatsächlich menschenverachtenden, Menschen auf, auf bestimmte, aufgrund der Zuordnung zu bestimmten Gruppen Zugehörigkeiten und den Nationalsozialismus oder stalinistische Verbrechen, ähm, einfach abfeiernde, propagandistische gut findende, ähm äh, Beiträge wo ich sage, dass man da überlegen kann in wie fern man da, also Grenzen setzt. Also wenn das jetzt wirklich, also wenn der menschenverachtende Charakter sehr leicht nachzuweisen ist, dann kann ich mir auch vorstellen dass es Einschränkungen der Meinungsfreiheit gäbe. Aber selbst da ist es tatsächlich so dass man, dass sich, dass man die Grenzen sehr genau diskutieren muss. Und wenn man so ne Vorstellung finde ich ausweitete, also die Vorstellung des demokratischen Machbaren und Sagbaren und die natürlich auch so weit gehen müssten, dass man Grundsätze des Kapitalismus oder Grundmechanismen des Kapitalismus in so eine Kritik mit einbezieht und dass man gleichzeitig auch so was wie die demokratische Grundordnung, obwohl sie für viele so ein ganz große normative Bedeutung hat, dass man da natürlich auch die sehr kritisch betrachten kann und dass das legitim ist, dass man das tut. Wenn das so ne Normalität wäre, also wenn sich ein Demokratieverständnis dahin entwickeln würde, dann, ähm äh, wäre das glaub ich auch im Sinne ner Alternative zum extremismustheoretischen oder extremismuspraktischen Denken. Weil das sich nicht verträgt, das verträgt sich nicht richtig gut, also das Denken in Extremismustheorie und en sehr emphatischer, weiter definitorischer Begriff von radikaler Demokratie vielleicht, vertragen sich nicht. Ja.

I 1: Was wär der, was für Bezeichnungen, das würde mich jetzt mal interessehalber interessieren, was für Bezeichnungen gäbe es denn für Linke? Also wenn man die Rechtsextremen als Nazis bezeichnen kann bzw. Rechtspopulisten, dann hätten wir die Linkspopulisten und Autonome dann wahrscheinlich.

B 1: Also das Problem, ähm, das ist die Frage welche Begriffe man dann jeweils nehmen würde. Also es gibt natürlich in der Linken ganz viele Selbstbezeichnungen, na so was wie Anarchisten, Sozialisten und Kommunisten und man könnte dann jetzt irgendwie gucken was, was die damit

meinen. Ich glaube man müsste sich auch da über Begriffe streiten, ne gewisse Strömungen des, ähm, Staatssozialismus, Sozialismus die auch heute noch existieren, müsste man sicherlich als, oder könnte man unter Stalinismus immer noch subsumieren, gewisse Strömungen der MLPD beispielsweise würden da vielleicht noch drunter fallen. Ähm, es gibt immer noch maoistische Strömungen etc., bei den Autonomen ist es schwierig, weil das glaub ich sehr oft auch ne Fremdbezeichnung war die von außen gewählt wurde und wenn die heute noch gewählt würde, ich weiß gar nicht wer sich heute noch selbst als Autonome im Sinne der autonomen Bewegung einschätzt, weil es eigentlich, man sagen kann, aus ner linken, oder wenn man die linke Diskussion verfolgt die autonome Bewegung eigentlich gescheitert ist und gestorben ist. Eigentlich schon Ende der 80ziger Jahre spätestens Anfang der 90ziger. Das heißt, die, die Bezeichnung wäre da jetzt, eher so ne, so ne, ne schwierige Begriffsdefinition, sicherlich gebe es Linkspopulismus, ich würde sagen ein größerer Teil des Linkspopulismus den würde ich als Rechtspopulismus bezeichnen, weil er an vielen Stellen gar nicht so unterschiedlich ist und man merkt ja auch, dass so ne Volksfront Strategie wie sie derzeit grade auch, jetzt nicht unbedingt sehr populär sind aber wie sie zumindest doch immer Nahrung kriegen, vertreten von Jürgen Elsässer beispielsweise mit seinem Projekt was er gerade voran treibt und dass das ja genau auf dieser, auf dieser Gleichheit von links- und rechtspopulistischen Strömungen auf diesen Anknüpfungspunkten beruht, daraus ziehen die irgendwie die Hoffnung, dass das politisch relevant werden könnte. Und ansonsten würde ich jetzt als linkspopulistisch, wenn wir jetzt sagen Lafontaine wäre linkspopulistisch, weil er auf der einen Seite quasi rassistische Äußerungen machen kann, Arbeit zuerst für Deutsche, also Forderungen die, äh, wo, die sehr problematisch sind und sich gegen so genannte Fremdarbeiter ausspricht, ja und trotzdem noch, so was wie ein soziales Gewissen verkörpert, nen sozialen Ansatz hat, für Mindestlöhne etc. eintritt. Müsste man eben genau gucken, wo ihm das von Rechtspopulisten unterscheidet. Ob das beispielsweise bei der Frage eines, einer ähm, einer Definition von Deutsch wäre? Wer sind denn bei Lafontaine eigentlich Deutsche und wer nicht? Also man müsste dann schon noch mal genau und konkret gucken, aber ich finde

dass ist, dass man das tatsächlich machen könnte, dass man bei einigen Mitgliedern der Fraktion oder Partei die Linken, von Rechtspopulisten oder Linkspopulisten reden kann. Müsste sich eben noch mal genau gucken wie man das dann benutzt und bei anderen könnte man das aber nicht, also man könnte nicht die gesamte Partei die Linke, dass ist das Problem als linkspopulistisch einschränken, einschätzen, finde ich. Weil es gibt natürlich auch einige die tatsächlich den grundsätzlicher Kapitalismuskritik und grundsätzliche Umwälzungen anstreben, so also dann müsste man gucken in wie fern das in der politischen Auseinandersetzung sinnvoll einsetzen kann das Konzept. Aber man könnte das sinnvoller tun als sie als Linksextremisten abzustempeln, also ich glaube da wäre der Begriff Linkspopulismus auf jeden Fall noch mal treffender. Für das was sie tun, na, weil sie für das was sie tun natürlich genauso wie, ähm, rechtspopulistische Strömungen sag ich jetzt mal, eine ganz große Zustimmung in der Gesellschaft haben, also im Osten ist das ja offensichtlich, also das es überhaupt kein Sinn gemacht hat sie als Linksextremistisch einzuschätzen, weil sie hier gesellschaftlich ganz breit getragen werden.

I 1: Seht ihr konkret Gefahren für Soziale Arbeit und oder die Gesellschaft falls der, der Hype sozusagen, gerade so weiter geht?

B 1: Auf jeden Fall. Also ich glaube die Gefahren, die Gefahren liegen, also offen zu Tage wenn man sich anguckt wie in bestimmten Gegenden mit diesem Extremismusbegriff Politik gemacht wird und dann beispielsweise alternative Jugendzentren ein Legitimationsproblem bekommen in ihrem Ort, geschlossen werden teilweise, wie das in Mügeln geschehen ist und dann eine bestimmte alternative Subkultur in der Region nicht mehr vertreten ist und damit bestimmte Vorstellungen, offenere Vorstellungen von Kultur und Politik nicht mehr existieren, dann wäre das eine konkrete Gefahr, auch für ein politisches Verständnis von, sag ich jetzt mal Jugend und Sozialer Arbeit. Weil gewisse Orte sich nicht mehr halten können und weil für bestimmte Personen keine Angebote mehr existieren und man könnte das jetzt, man könnte das jetzt, praktisch aus, aus der Sicht eines, ja irgendeines Liberalen, toleranten Stadt- oder Gemeinderats sagen, dass es

so was wie Monokulturen schafft oder kulturelle Minderangebote oder kulturelle Wüsten damit produziert werden. Ich sehe jetzt als Vertreter von INEX, oder als Mitglied von INEX, bin nicht als Vertreter, würde ich einfach sagen, jemand schafft damit politische Kritik ab, also man schafft damit Linke Kritik ab und das ist halt für diejenigen die das legitim finden und die das gut finden und die sagen, dass ist eine, damit verbinden sich auch Vorstellungen von Leben die attraktiv sind, ist das ne Einschränkung von Lebensqualität. Wer in einer Gegend groß geworden ist wo es keine linken Jugendzentren gab, wo es nur stumpfe Dorfdiskos gegeben hat und wer vielleicht dort zu kulturelle, anderen Formen der, der, Identifikation gefunden hat, der wird wissen von was man redet, wenn man sagt, dass bestimmte Landstrieche, Landstriche die Hölle sind. Und für Leute mit ner bestimmten, oder mit dunkler Hautfarbe und mit anderen sexuellen Vorlieben kann diese Hölle noch mal sich ganz anders ausdefinieren, ausbuchstabieren. Und ganz andere Formen der Anpassung, des Verschweigens etc., erfordern. Also das wären so konkreten Maßnahmen, oder konkrete Folgen in ner, in ner, sag ich jetzt mal, mal eher ländlichen Region in Sachsen und in den Städten ist es aber nicht anders. Also wenn das Conne Island in Leipzig wegbrechen würde, wären bestimmte kulturelle und politische Vielfalt bedroht. Und wenn man dann noch mal auf die Bundesebene geht und sagt der Extremismusansatz wird sich hier stärker durchsetzen, dann könnte es dann genau dieselben Folgen haben, das ne bestimmte kritische Strömung eingeschränkt wird. Das meint jetzt nicht nur Jugend und linksalternative Zentren, sondern das meint natürlich auch, und der Extremismusansatz der hat ja die Möglichkeit in sich immer mehr auszudehnen und den Bereich dessen was als extrem definiert wird immer größer zu machen. Kann sich natürlich gegen alle möglichen wenden, so wie er sich jetzt schon teilweise oder immer wieder gegen die, gegen die Partei die Linke wendet, was wir jetzt bei dieser Diskussion mit Gesine Löttsch gesehen hat, wo erneut gesagt wurde, die müssen eben flächendeckend in Deutschland beobachtet werden, vom Verfassungsschutz und damit werden sie eben kriminalisiert. So kann das natürlich alle möglichen politisch, kritischen Strömungen treffen. Nur das ist jetzt nicht ganz wahllos das wird natürlich nicht passieren aber, aber das, der Ansatz kann sich zu

nem Ordnungsinstrument entwickeln der, der viele trifft oder der die Geltung ausweitet und viele trifft, viele treffen könnte. Und in so fern würde ich sagen kann die, können die Folgen auf die verschiedensten Ebenen sag ich jetzt mal, ganz praktisch gesehen werden und es gibt ne weitere Ebene, die ist vielleicht aus so nem sozialarbeiterischen, aus ner sozialarbeiterischen Perspektive auch interessant ist und dass ist ja auch, dass der Extremismusansatz gleichzeitig die Handlungsansätze definiert, wie gegenüber dem Problem des Rassismus oder sag ich mal, des neonazistischer Ideologieelemente vorgegangen werden soll. Und wenn der Extremismusansatz da die Hauptdefinition darstellt, dann bedeutet das ja, dass man sich wirklich immer nur gegen die radikalsten Ausprägungen wendet, die man erst dann erkennt wenn sie praktisch gewaltmäßig, ähm, aktiv werden. Und erst dann führt das dann dazu, dass man da präventiv oder dann schon nicht mehr präventiv, sondern dass man dann überhaupt handelt. Und wenn man präventiv handelt dann nur gegenüber bestimmten Risikogruppen die man sehr stark eingrenzt. Ein breiteres Verständnis würde, würde ganz andere, ne ganz andere Problemdefinition haben und man würde viel mehr danach gucken wie kann denn, oder wie ist ein Neonazi-problem in einer bestimmten Region oder an nem bestimmten Ort, vielleicht auch ne bestimmte Jugendclique, wie ist das eigentlich eingebunden ins soziale Umfeld und wie reproduziert sich das im sozialen Umfeld und wie muss man dann gegenüber dem sozialen Umfeld reagieren. Also die Problemdefinition ist eine andere und dementsprechend die Lösungsansätze. Und wenn man das nicht, wenn man das nicht beachtet, dann ist sind die Bedingungen, die Reproduktionsbedingungen für so was wie Rassismus einfach positiver, das kann sich leichter reproduzieren. Jetzt kann man natürlich sagen, auch unter den Bedingungen der Extremismustheorie lassen sich bestimmte breitere Problemkonzepte in der Sozialarbeit verwirklichen, durchsetzen. Das ist richtig, dass das natürlich auch, dass die Extremismustheorie praktisch gegolten hat, also sie gilt ja schon seit 20 Jahren, oder 30 Jahren gilt sie, mehr oder weniger, dass sie jetzt auch in den letzten Jahren, 90ziger Jahren noch gegolten hat, selbst unter Rot-Grün gegolten hat, immer noch, dass es da auch ein Linksextremismus- und Rechtsextremismusdefinitionen gab, aber unter halt, dieser staatlich

administrativen Grenze, gabs so ne Aushöhlung des Begriffs, des Extremismusbegriff die auch gefördert worden ist, nach dem Rot-Grünen Antifasommer. Das heißt die Extremismus, oder ähm, Menschen die in Projekten gearbeitet haben, gegen Rechtsextremismus, haben nach und nach dort ne Definition des Problems erarbeitet, die den Begriff eigentlich gesprengt hat. Die haben sich auf einmal angefangen mit Rassismus bei den älteren Menschen zu beschäftigen und die ham festgestellt, das Antisemitismus von ganz vielen Menschen unter anderem Migrantinnen und Migranten getragen wird etc.. Also die haben diesen Geltungsbereich total ausgeweitet und ihre Ansätze darauf zugeschnitten, die ham sich auf einmal angefangen darum zu kümmern, das Rassismus bei Kindern und Jugendlichen weitergegeben wird, selbst in der Kita, dass das schon in der Kita beginnt, wo so Stereotype vermittelt werden, Vorurteile, und das das sehr viel damit zu tun hat wie gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse existieren und so. Also die Auswahl erfolgte praktisch unterhalb dieses Extremismusbegriffs und jetzt, und das ist die konkrete Gefahr, jetzt wird das praktisch administrativ wieder zurückgeholt, zurück gebunden und meine Befürchtung wäre, dass wenn wir jetzt, sagen wir mal wir haben noch 10 Jahre konservative, oder christlich-liberale Regierungspolitik und Familienministerin Kristina Schröder etabliert sich mit ihren Bestreben gegen Linksextremismus Politik zu machen. Die, äh äh, Extremismusklausel setzen sich durch, dass dann nach und nach wieder diese inhaltlichen Konzepte kippen, das bestimmte Projekte, die vor allen auf so ner breiteren gesellschaftlichen oder sozialarbeiterischen Ebene bestehen, das Problem von nazistischen Ideologien angehen, das die zurückgedrängt werden, das die delegitimiert werden und andere Ansätze beispielsweise so was wie sportlich orientierte Jugendarbeit mit, ähm, rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen, das heißt Boxtraining für Rechtsextremisten, Fußballturniere mit Rechtsextremisten etc.. Was es in den 90zigern zu Mass gab, dass so was wieder an Attraktivität gewinnt. Und das dann die Bedingungen für die Revolution von neonazistischer Ideologie einfach wieder sich verbessern. Das wäre die, sozusagen die ne weitere Befürchtung die's gibt.



I 1: Also die Hegemonie, die in den 90ziger Jahren gebrochen wurde, indem halt Soziokultur und alternative Jugendzentren sich entwickeln konnten in Sachsen, ähm, und damit die Hegemonie der Skinheads so zu sagen gebrochen wurde, ähm, das diese Entwicklung jetzt wieder einen Rückschritt nimmt? Das sich das nach und nach wieder abbauen lässt?

B 1: So in die Richtung, ich weiß jetzt nicht genau ob die Hegemonie in Sachsen gesamt gebrochen wurden ist, da kenn ich mich tatsächlich zu wenig aus und da könnte ich jetzt empirisch belastbar gar nicht, gar nicht argumentieren. Ich kann ein bisschen für Leipzig argumentieren und ich würde sagen da ist sie gebrochen wurden, da gab es so was wie en...

I 1: Und in Döbeln wird's dasselbe gewesen sein, in Roßwein, Döbeln, Leisnig, durch die drei Zentren.

B 1: Genau. Da würde ich sagen, da kann man genauso argumentieren, da wurde die gebrochen und das so was wieder zurückgeschrieben, also äh, zurückgefahren wird. Also wenns in Döbeln das Treibhaus nicht gebe oder wenns die Projekte in Nünchritz, Roßwein nicht geben würde oder bald nicht mehr geben wird, also es sieht ja auch gar nicht so gut aus bei allen, ne? Das dann, also dann, also nur, dass das nicht von heute auf morgen gesehen, aber ich könnte mir vorstellen, dass in 10 Jahren dafür eine Nazisubkultur wieder Fuß fässt, wie wir sie heute in Colditz sehen oder in der sächsischen Schweiz und etc.. Und das man sich dann wundert und sich die Augen reibt und sagt, wie konnte das eigentlich passieren. Und so was kann man dann glaub ich auch extrahieren, auf irgendein Bundesland oder vielleicht sogar auf nen gesamtdeutschen Maßstab, wobei jetzt die also, wobei man da jetzt gucken muss, wie stark kann sich ne Kristina Schröder durchsetzen, weil was man jetzt auch nicht vergessen darf, ne. Also die Kritik ist immer noch stark an diesen, an diesen ganzen Ansätzen. INEX ist ja nicht alleine und hat das irgendwie nicht erfunden, du weißt ja selber, also durch solche Leute wie Wippermann und so, die sagen das schon lange. Die Frage ist manchmal noch wie konsequent sind die und natürlich muss man so ne Kritik immer wieder bemühen, weil man merkt das ja an

der Extremismustheorie selber oder am Totalitarismusansatz, die waren schon fast verschollen, verschwunden in der Versenkung und dann kommen die wieder mit so ner ganz schönen Gewalt hoch oder sie wurden eben schon mal innen fast ausgehöhlt, weil sie aber nicht völlig abgeschafft wurden und nicht völlig delegitimiert, sondern weil sie sich halt auch grade im linken Sprachgebrauch oder im zivilgesellschaftlichen Sprachgebrauch so eingenistet haben, hatten, fällt das dann natürlich so leicht jetzt wieder Position zu ergreifen und ich meine das ist ein bisschen auch. Das könnte man fast so mit, ich sag das fast so ein bisschen nach Schadenfreude, der Zivilgesellschaft fällt jetzt dieser Extremismusstein auf die Füße und sie hat sich noch davor immer gesträubt ihn wirklich so richtig weg zu legen. Also sie haben immer gesagt wir können von diesem Begriff nicht lassen, wir haben keine Alternative und so, die Argumentation, die Argumente waren immer andere, anderen haben auch, auch immer vom Linksextremismus gesprochen und so, und jetzt wird einigen Projekten die das gemacht haben, genau die Argumentation auf die Füße, äh äh, fallen. Die nicht davon lassen wollten und jetzt kommt so ne Extremismusklausel, wird stark gemacht, es gibt diesen Spionage Paragraphen da drin, der jetzt wahrscheinlich trotzdem noch von der sächsischen Landesregierung durchgesetzt wird...

I 1: Mit einer 4 seitigen Kommentierung, war heut in der Zeitung.

B 1: Okay, hab ich noch gar nicht gesehen. Dann muss ich fast ein bisschen schadenfreudig lachen, ja genau, das war, das steckt in diesem Konzept drin. Das steckt in diesem Konzept, das war da drin schon angelegt es wurde halt teilweise immer nicht durchgesetzt aber jetzt wird es dann vielleicht durchgesetzt. Mit der Konsequenz das Leute die vielleicht inhaltlich sehr gute Arbeit gemacht haben, gegen Nazis, das die, äh ähm, ja sich entscheiden müssen was sie jetzt tun, mit wem sie zusammenarbeiten und was sie für ein politisches Selbstverständnis in ihrem Alltag benutzen.

I 1: Bleibt abzuwarten:

B 1: Ja.

I 1: Warum kritisiert ihr den Extremismusbegriff?

B 1: Also die Kritik am Extremismusansatz die haben wir eigentlich immer mit an zwei Hauptpunkten fest gemacht. Der erste Hauptpunkt ist zu sagen, dass der Extremismusansatz es nicht schafft das Neonaziproblem und das Problem neonazistischer Ideologeelemente und derer, deren Verankerung in breiten gesellschaftlichen Kreisen analytisch zu fassen. Das heißt das Analyseinstrumentarium für so was wie Neonazismus, taugt der Ansatz nicht. Weil er suggeriert, es gäbe diese klare Trennung zwischen Rechts und ner normal Gesellschaft und natürlich auch Links, aber wir sind jetzt bei dem Versuch zu erklären, was so genannter Rechtsextremismus sein soll. Dann auf bestimmte politische Gruppierungen trifft die gewalttätig sind, die vielleicht auch noch in ner so genannten extremistischen Organisation sind, aber eigentlich schon ein Problem hat zu erklären warum 200.000 Menschen NPD wählen bei einer Landtagswahl. Und dann nicht erklären kann, und das nur erklären kann mit Hilfe von, mit, mit Hilfe von Hilfskonstruktionen wie das Politikverdrossenheit und die ideologischen Elemente so was wie Zustimmung zu Rassismus, so genannte Fremdenfeindlichkeit, Zustimmung zu Antisemitismus, verkürzte Kapitalismuskritik. Also alles zu personifizieren auf die Bänker, auf den amerikanischen Kapitalismus, auf die Juden zu schieben etc.. Das all diese Aspekte, die mehr sind als Politikverdrossenheit, die substantieller erklären würden, warum manchen Menschen ner NPD zustimmen, weil sie deren Denkgebäude richtig finden. All das müssen die, müssen Extremismusansätze ziemlich weit ausblenden und deswegen ist der Ansatz abzulehnen, weil der genau diese breite, diesen breiten Bereich inhaltlicher Übereinstimmung, ideologischer Übereinstimmung nicht thematisiert. Die zweite hauptsächliche Kritik wär zu sagen, dass das Extremismusmodell eine politische Vorstellung hat, die wir als konservativ, Demokratie einschränkend und das Politische entpolitisiert oder eingeschränkt darstellen würden. Wenn Politik das Verständnis ist von Menschen, die ihre eigenen Dinge

selbst organisieren zu können, selbst in die Hand nehmen zu können und im öffentlichen Wettstreit darum zu ringen, oder in der öffentlichen Auseinandersetzung darum zu ringen wie ihre Lebensumstände eingerichtet sind. Also wenn das bedeutet, dass die Menschen mündig sein sollen ihre Lebensumstände zu beeinflussen dann sind all diejenigen Vorstellungen von Politik die eher legalistisch sind, die sagen Politik ist vor allem, das Funktionieren bestimmter institutioneller Abläufe, Politik ist das Delegieren an, ähm, Instanzen die man selbst nur in bestimmten regelmäßigen Abständen legitimieren kann, über Wahlen etc.. Und sind all so ne Vorstellungen relativ unpolitisch, relativ konservativ weil sie vor allem darauf ausgerichtet sind das Bestehende zu erhalten und zu reproduzieren und dann sind die aus ner Perspektive formulierte Vorstellung von radikalerer Demokratie, die Teilhabe groß schreibt und die will, dass sich die Menschen daran beteiligen können ihre Lebensumstände zu verändern und zu beeinflussen und zu bestimmen. Dann sind so ne Vorstellungen eher abzulehnen die praktisch mit der Extremismus- oder die mit dem Extremismusmodell arbeiten und das wäre so zu sagen der zweite Punkt zu sagen, wir haben eher eine radikal demokratische Vorstellung von Politik und finden es gefährlich, dass aus ner Blickweise einer Extremismustheorie, diese Bereiche eher begrenzt werden und eingeschränkt werden. Das Beispiel dafür wäre der Umgang mit Protesten gegen Nazidemonstrationen, wo man erstens sagen kann, dass das richtige Nazidemonstrationen sind, also Menschen die den Nationalsozialismus wieder haben wollen. Dann ist da ein starkes politisches Zeichen dagegen angebracht und das kann mehr sein als nur ne Gegendemonstration weit ab, sondern dass darf auch ne Blockade sein. Das darf in diesem Fall sein, weil wenn sie inhaltlich gut legitimiert ist, wenn jemand Nationalsozialismus wieder haben will dann, legitimiert das einen scharfen Protest. Dann heißt das noch nicht das man die Menschen tot schießt oder wegsperrt, weil sie noch nicht vor der Machtergreifung sind, weil man das politisch natürlich immer diskutieren muss, immer wieder neu. Und man darf praktisch kein Gesetz abschließen wo man sagen kann, man muss da so und so reagieren, aber man kann sagen, wenn die so was inhaltliches wieder wollen ist ein scharfer Protest angebracht und es ist angebracht deren Propaganda einzuschränken, da-

für zu sorgen, das starke Zeichen gesetzt wird, das viele Menschen dagegen sind und dann kann das auch ne Blockade sein. Obwohl die Blockade natürlich in nem Rechtsstreit darüber in wie fern das legitim ist oder in wie fern das nicht ne Einschränkung von Meinungsfreiheit ist, aber dann ist es gerechtfertigt, dass als politisch legitimes, demokratisch legitimes Zeichen gegen Nazis zu sehen, ene Blockade wäre meiner Ansicht ungerechtfertigt wenn ne Blockade Menschen davon abhalten soll en Gottesdienst zu besuchen, auch wenn ich jetzt Atheist bin und finde das es ein großer politischer und gesellschaftlicher Unsinn ist in die Kirche zu gehen und dass das ganz gefährliche Aus-, Ausführungen hat. Würde ich sagen an dem Punkt, fände ich ne Blockade nicht angebracht, ich würde sagen, ich will jetzt Christen nicht blockieren dahin zu gehen, da würde ich sagen wäre eine Demonstration vor der Kirche angebrachter, aber selbst dann könnt ich mir vorstellen, dass man ne Blockade, irgend ne symbolische Blockade macht. Also wenn man jetzt sagt, ähm, die ist jetzt vielleicht eher symbolisch und man lässt die Leute trotzdem dann ihre religiöse Freiheit genießen, also auch da müssen wir dann irgendwie diskutieren wie weit man da geht, aber ich hab ja auf jeden Fall ne größere Vorstellung von dem was politisch legitim ist, was im Gegensatz natürlich heißt, dass ich das gegen mich selbst, also wenn praktisch gegen meine politische Freiheit demonstriert wird, dass ich das dann auch zulassen muss. Also ein Beispiel dafür wäre, es gab jetzt Proteste gegen die Kommunismusäußerungen von Gesine Löttsch bei der Konferenz, bei der Luxemburg Konferenz in Berlin und da wurden wohl Vertreter vom, äh, Bund gegen Stalinismus etc. körperlich angegriffen. Was ich jetzt, ich weiß nicht genau wer das war, wie stark diese körperliche Auseinandersetzung war, aber das ist natürlich problematisch, also es ist eine problematische Aktion an dem Punkt, also ich weiß, ich kenn jetzt die Details nicht, aber ich finde das es schwierig ist, wenn dass jetzt keine Nazis sind, keine bekennende Nazis sind, wenn dort Leute tatsächlich sagen, hier wir sind gegen Verbrechen des Stalinismus, dass man das zulassen muss, wenn die dann demonstrieren und das finde ich auch überhaupt nicht problematisch, das zu zulassen an dem Punkt. Ja, also in dem Fall wäre jetzt das Beispiel dafür en anderes Verständnis von Politik und demokratisch, ähm, demokratischer

Zulässigkeit zu haben. Das wäre mir die zweite große Kritik und das sind eigentlich die zwei Hauptpunkte. Die analytische Fähigkeit und die demokratischen Implikationen des Extremismusansatzes.

I 1: Da fällt mir jetzt noch eine Frage ein. Ist der Extremismusbegriff eher Ideologie oder eher Theorie? Vielleicht sogar ne rechte Ideologie?

B 1: Also auch da würde ich sagen, es gibt ne Affinität zwischen Menschen die eher konservativ oder in gewisser Weise Rechts, im Sinne von skeptisch gegenüber demokratischer Teilhabe von vielen Menschen teck, skeptisch gegenüber sozialer Teilhabe etc. denken, zu diesem Begriff des Extremismus, aber das Spektrum derjenigen Leute die das Vertreten ist damit nicht abgedeckt. Das reicht darüber hinaus, also extremismustheoretisch denken eben zum Teil auch Linke und das ist ja eher das Problem. Wenns jetzt nur die Rechten wären, ne, dann wäre der Widerstand größer und einfacher. Ließe sich besser organisieren und ich glaube das es gefährlich ist manchmal, dass nur als ne Ideologie von den darzustellen und praktisch nur als reines Instrumentarium, von vornherein mit dem Ziel der Bekämpfung, geschaffen wurden ist. Es gab diese Konjunkturen, die Konjunkturen lassen sich vor allem durch so ne politisch ideologische Zielsetzung bestimmen, äh, erklären, also der Antikommunismus der 50ziger Jahre, der 60ziger Jahre hat die Totalitarismustheorie stark gemacht, aber trotzdem ist es schlauer wenn man bei der Kritik dieser politischen Konjunktur oder dieser politischen Informstellung guckt, in wie fern ich trotzdem auch ehemalige Linke oder Demokraten und Liberale totalitarismustheoretische Erklärungsansätze für nen kleinen Moment plausibel fanden, weil die Plausibilität bis zu nem gewissen Punkt auf der Hand liegt, weil es tatsächlich für jemand der von Nationalsozialismus und Kommunismus verfolgt wurden ist auf der Hand liegt zu gucken, was sind denn die Gemeinsamkeiten und wieso gibt es bei beiden politischen Herrschaftssystemen so ne Tendenz individuelle Freiheit, politische Freiheit extrem einzudampfen und notfalls mit dem Tod zu bestrafen. Und das liegt auf der Hand und deswegen ist es jetzt schwierig das man, also man muss so zu sagen aufpassen, dass man jetzt alle Menschen die diese Extremismus

oder totalitarismustheoretischen Modelle vertreten, dass man die nicht zu sehr über einen Leisten schert, sondern wirklich guckt was haben die denn für Auffassungen von Demokratie. Und bei dem Jesse lässt sich das sehr gut konkret machen und dann lässt sich halt konkret feststellen, das ist halt eingeschränkt das Modell das der vertritt. Am Ende ist der selber antidemokratisch, an ihm kann man diesen Vorwurf sehr gut machen und ich finde, wenn man das so konkret machen kann, dann ist das immer, kann man sehr plausibel argumentieren, bei nem, also mir fällt das jetzt schwer oder ich entdecke meine eigenen Grenzen, wenn ich jetzt Arno, äh, Arno oder Arthur Köstler, Arthur Köstler, also praktisch jemand der selbst mal Kommunist war und dann vom Stalinismus verfolgt wurde ist und dann auch in so ner Auseinandersetzung, so zu sagen für den Westen gegen den Kommunismus, gegen den Staatssozialismus so in, in den Dienst genommen wurden ist, ja, seine Romane etc.. Das ist ein Zeuge dafür, für den Totalitarismus und warum die Demokratie besser ist und instrumentalisiert wurden ist und trotzdem ist es jetzt schwer ihm nur diesen instrumentellen Gebrauch vorzuwerfen, sondern er hat ein gewisses Recht oder es ist legitim das er Stalinismus und Nationalsozialismus vergleicht und da Gemeinsamkeiten feststellt, die ihm praktisch persönlich betroffen haben und deswegen find ich, müsste man eher gucken was hat den der eigentlich für ein Demokratieverständnis dann gehabt, und ihm dann vielleicht ne andere Kritik gegenüber aufzubringen wäre, als das jetzt nen Eckhard Jesse oder so machen kann und da müssen wir jetzt immer im Konkreten gucken. Ich glaube, dass aber grade jetzt im Moment diese, diese, diese Attraktivität die man jetzt so sehen kann, ja, das das tatsächlich von Leuten kommt, die konservative Vorstellungen von Gesellschaft haben, ne Kristina Schröder ist ne Antifeministin und es ist kein Zufall das Antifeminismus und Extremismustheorie zusammengehen. Das ist kein Zufall, ne Kristina Schröder ist gegenüber gesellschaftlichen Veränderungen die mehr Menschen beteiligen, die gesellschaftliche Ungleichheiten abbauen bis zu nem gewissen Punkt nicht aufgeschlossen, die findet Gender-Mainstreaming im Großen Quatsch und Gender-Mainstreaming ist bei aller Kritik daran, ein Instrument das mehr, oder das Frauen mehr gesellschaftliche Beteiligung ermöglicht. So und dann, das ist kein zufälliger, kein zu-

fälliger, ähm, Zusammenhang den es da gibt, na, genauso wie das bei Jesse und seinem Demokratieverständnis, seiner Haltung zu Blockaden und demokratischer Beteiligung zu Extremismusansatz kein Zufall, äh äh, kein Zufall ist. Und ich würde behaupten das es interessant wäre oder das man das bei vielen Menschen findet, und interessant wäre es jetzt, praktisch bei ner weiterführenden Perspektive an ner Kritik oder wenn man Zeit hätte, oder wenn man Lust hätte mal irgendwas was zu schreiben was praktisch nicht immer nur dieses Gesabber was wir jetzt als INEX machen, immer wieder, also wir wiederholen uns ja ganz oft und sind es ein bisschen, so wo ich sage interessant wäre es mal jetzt wirklich mal auszuformulieren und zu gucken und zu recherchieren, welche Leute treiben diesen Begriff voran, machen so Politik in die Richtung und was denken die eigentlich. Was denken die, die jetzt praktisch institutionell das machen, was denkt Kristina Schröder ihr Beraterstab, ihre politischen Freunde die sie unterstützen, was, äh was, also ich hab mich jetzt noch nie weiter mit Backes oder den ganzen Leuten, noch nicht richtig beschäftigt und ich finde auch ein Wippermann macht das immer ganz schön oberflächlich, der ist halt so der hat, der is schon treffend und so, ne, und sagt schon manche richtigen Sachen, aber schön wärs wenn man richtig zu gucken, ne was, was, was denkt denn der eigentlich über Gesellschaft, diese Leute die diese Modell vertreten und gibt's dann wirklich diese Überschneidungen die ich jetzt mehr oder weniger an einzelnen Exemplaren sehe. Also wie stellt sich so was vielleicht systematischer dar oder verallgemeinerbarer. Das fände ich ganz gut. So kann ichs an einigen Stellen konkreter machen und das vielleicht an der Systematik nachweisen, dass ich sage, es gibt mit so, mit so klar ordnenden Instrument der Politik und das ist der Extremismusansatz lassen sich eher konservative Gesellschaftsmodelle, die sich, die auf Reproduktion setzen, eher verteidigen als jetzt progressiverer Veränderungen und Teilhabe. Das wäre jetzt so das systematische Argument, vielleicht.

I 1: Ok. Ich denke dann haben wir alles. Danke.



## ***Satzung des Treibhaus e.V. Döbeln***

### **1. Name, Sitz, Eintragung, Geschäftsjahr**

- (1) Der Verein trägt den Namen "Treibhaus".
- (2) Er hat den Sitz in Döbeln
- (3) Er ist in das Vereinsregister beim Amtsgericht Döbeln eingetragen.
- (4) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

### **2. Vereinszweck**

- (1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Wohlfahrtszwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Zweck des Vereins ist es, ein überregionales Zentrum mit soziokulturellem Charakter zur Förderung von Bildung, Kunst und Kultur zu schaffen. Der Verein schafft als Träger der freien Jugendhilfe Angebote der offenen Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit.

Außerdem hat sich der Verein zum Ziel gesetzt Trendsportarten wie zum Beispiel Skateboard und BMX zu fördern.

Diese Arbeit erfolgt im Rahmen folgender Prinzipien:

Eintreten für ein friedliches und gewaltfreies Miteinander.

Förderung und Verwirklichung humaner, sozialer und demokratischer Denk- und Verhaltensweisen.

Gegen Diskriminierung, Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Sexismus.

Für soziale und politische Emanzipation.

Gestaltung einer interessanten Freizeit für alle Altersgruppen.

Für sportliche Betätigung.

- (2) Der Satzungszweck wird verwirklicht durch den Betrieb sowohl einer Begegnungsstätte, als auch einer Trendsporthalle.

### **3. Gemeinnützigkeit**

- (1) Der Verein ist gemeinnützig tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (2) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder des Vereins dürfen in ihrer Eigenschaft keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins erhalten.

#### **4. Mitgliedschaft**

(1) Mitglieder des Vereins können Personen ab dem vollendeten 14. Lebensjahr werden, die seine Ziele unterstützen und seine Prinzipien verwirklichen, indem sie gegenüber dem Vorstand schriftlich ihren Beitritt erklären und sich somit zur Vereinssatzung bekennen. Bei Personen die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, ist hierzu noch die schriftliche Erklärung der Erziehungsberechtigten notwendig.

(2) Die Beitrittserklärung bedarf der Bestätigung durch den Vorstand.

(3) Die Mitgliedschaft im Verein endet durch Austritt, Ausschluss oder Tod bzw. durch die Auflösung juristischer Personen.

(4) Der Austritt ist gegenüber dem Vorstand schriftlich zu erklären.

(5) Bei schweren Verstößen gegen die Vereinsinteressen kann ein Mitglied durch den Vorstand ausgeschlossen werden.

(6) Über Einsprüche gegen solche Ausschlüsse entscheidet die Mitgliederversammlung.

(7) Die Mitglieder sind berechtigt, die Einrichtungen des Vereins zu nutzen und an den Veranstaltungen teilzunehmen. Sie haben in der Mitgliederversammlung gleiches Stimmrecht. Eine Übertragung des Stimmrechts ist nicht zulässig.

#### **5. Finanzen und Vermögen**

(1) Die Vereinsmitglieder zahlen an den Verein einen halbjährigen Beitrag, der jeweils im ersten Monat des laufenden Halbjahres im Voraus zu entrichten ist. Die Höhe des Beitrages setzt die Mitgliederversammlung fest. Mitglieder die den Beitrag über den Schluss des Geschäftsjahres hinaus nicht entrichtet haben, können nach zweimaliger, erfolgloser Mahnung auf Beschluss des Vorstandes von der Mitgliederliste gestrichen werden.

(2) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.

(3) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

(4) Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke, darf das Vermögen des Vereins ausschließlich an freie gemeinnützige

Organisationen fallen, die es ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden haben.

## **6. Organe des Vereins**

(1) Organe des Vereins sind:

Die Mitgliederversammlung

Der Vorstand

Die Revisionskommission

## **7. Der Vorstand**

(1) Der Vorstand besteht aus sieben gleichberechtigten Personen.

(2) Der Vorstand führt die Geschäfte des Vereins, er leitet und vertritt den Verein nach den Beschlüssen der Mitgliederversammlung.

(3) In den Vorstand werden nur Vereinsmitglieder gewählt. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung für die Dauer von einem Geschäftsjahr gewählt.

(4) Der Vorstand besteht aus folgenden Personen:

Dem Vorsitzenden

Dem ersten Stellvertreter

Dem zweiten Stellvertreter

Dem Schatzmeister

Dem Schriftführer

Je zwei dieser Personen vertreten gemeinsam den Verein gerichtlich und außergerichtlich in allen Vereinsangelegenheiten, soweit erforderlich nach Maßgabe der Beschlüsse der Mitgliederversammlung.

Eine Ausnahme bilden die Geschäfte des Schatzmeisters, welche von ihm eigenständig durchgeführt werden können. Der Vorsitzende muss dabei nicht anwesend sein.

(5) Scheidet ein Mitglied des Vorstandes vor Ablauf seiner Amtsdauer aus, so ergänzt sich der Vorstand für den Rest der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitgliedes durch Zuwahl aus der Reihe der Vereinsmitglieder.

(6) Der Vorstand ist berechtigt, Änderungen und Ergänzungen in der Satzung vorzunehmen, wenn mindestens fünf Mitglieder anwesend sind.

(7) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder des Vorstandes eingeladen und mindestens fünf Vorstandsmitglieder anwesend sind. Der

Vorstand entscheidet mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit fällt kein Beschluss und es wird neu verhandelt.

(8) Beschlüsse des Vorstandes sind schriftlich zu protokollieren und müssen den Vereinsmitgliedern zugänglich gemacht werden.

(9) Der Vorstand:

darf Spenden und Zuschüsse für den Verein entgegennehmen.

Entscheidet über die Änderung der Finanzierung und die Verwendung der Mittel.

ist berechtigt, für bestimmte Zwecke Ausschüsse bzw. Arbeitsgruppeneinzusetzen.

Bereitet die Jahresplanung vor

Entscheidet über die Aufnahme und den Ausschluss von Mitgliedern.

## **8. Die Mitgliederversammlung**

(1) Das höchste Organ des Vereins ist die Mitgliederversammlung.

(2) Sie wird mindestens einmal jährlich im IV. Quartal des Geschäftsjahres durch den Vorstand einberufen.

(3) Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist einzuberufen, wenn es das Interesse des Vereins erfordert und wenn dies mindestens ein viertel der Mitglieder unter Angabe von Gründen verlangt. Die Einberufung der Mitgliederversammlung erfolgt mit Abgabe der Tagesordnungspunkte per Aushang im Vereinslokal und durch eine schriftliche Einladung bis spätestens vierzehn Tage vor dem Versammlungstermin.

(4) Die Mitgliederversammlung ist, unabhängig von der erschienenen Anzahl, immer beschlussfähig.

(5) Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung entscheidet die einfache Mehrheit der Mitglieder.

(6) Die Mitgliederversammlung beschließt Wahl, Entlassung und Neuwahl des Vorstandes und der Revisionskommission, Satzungsänderungen, Änderung des Vereinszwecks und die Auflösung des Vereins.

(7) Bei Beschlüssen die eine Änderung der Satzung, des Vereinszwecks oder die Auflösung des Vereins beinhalten, ist eine Mehrheit von 75 % der anwesenden Mitglieder erforderlich.

(8) Beschlüsse der Mitgliederversammlung sind durch den Vorstand zu

protokollieren.

(9) Die Mitgliederversammlung kann eine Vereinsordnung beschließen.

## **9. Die Revisionskommission**

(1) Die Revisionskommission hat die Aufgabe der Kontrolle von Kassen- und Geschäftsführung des Vereins.

(2) Sie besteht aus zwei Personen, die von der Mitgliederversammlung für die Dauer von einem Geschäftsjahr gewählt werden.

(3) Mitglieder der Revisionskommission können nur Vereinsmitglieder sein.

## **10. Satzungsänderungen**

(1) Änderungen und Ergänzungen der Satzung, von denen das Registergericht die Eintragung in das Vereinsregister oder das Finanzamt für Körperschaften die Anerkennung als gemeinnützig abhängig macht, dürfen von den satzungsgemäßen Institutionen des Vereins durchgeführt werden.

## **11. Vereinsämter**

(1) Vereinsämter sind Ehrenämter. Vereinsämter werden grundsätzlich ehrenamtlich ausgeübt. Der Vorstand kann aber bei Bedarf eine Vergütung nach Maßgabe einer Aufwandsentschädigung im Sinne des § 3 Nr.26a EStG beschließen.

(2) Übersteigen die anfallenden Arbeiten das zumutbare Maß ehrenamtlicher Tätigkeit, so kann notwendiges Hilfspersonal bestellt werden. Für diese Kräfte dürfen keine unverhältnismäßig hohen Vergütungen ausgeworfen werden.

## **12. Haftpflicht**

(1) Für die aus der Benutzung der Räume des Vereins entstehenden Schäden und Sachverluste, haftet der Verein gegenüber den Mitgliedern nicht.

Döbeln, den 21.03.2010

## ***Anschuldigungen der NPD gegenüber dem Treibhaus e.V.***

21.05.2009

### **Anschlag auf Ladenlokal des Harthaer NPD-Stadtratskandidaten – Stifteten die Anti-Rechts-Initiativen die Gewalttäter an?**

Zur diesjährigen Kommunalwahl tritt die NPD im Altkreis Döbeln nur in der Stadt Hartha an und erregt allein schon dadurch die Aufmerksamkeit der linksradikalen Jugendszene in Döbeln, Roßwein und Leisnig. Mit Hans-Gottfried Grunewald tritt dort für die nationale Opposition ein alteingesessener Selbständiger mit besten Chancen auf ein Stadtratsmandat an.

Erst am letzten Sonnabend, den 16. Mai, versammelten sich in Hainichen knapp 30 Vertreter mittelsächsischer Initiativen gegen „Rechtsextremismus“ – darunter SPDler, Mitglieder des steuerfinanzierten Antifa-Vereins „Treibhaus Döbeln“, der „Initiative kritischer Blick Freiberg“ und des „Bündnisses für Menschenwürde Mittweida“, um den demokratiewidrigen „Kampf gegen Rechts“ voranzutreiben. Diese Gutmenschen-Kamarilla will mit einer Kampagne unter dem Motto „Meine Stimme gegen Nazis“ erklärtermaßen dazu beitragen, daß die NPD bei den bevorstehenden Wahlen keine großen Erfolge feiert und erneut in den Sächsischen Landtag einzieht. Der illustre Kreis versammelt gleichermaßen sozialdemokratische Biedermänner und linksradikale Brandstifter, die die Anti-Rechts-Appelle nur allzu wörtlich nehmen („Antifa heißt Angriff“).

Wenige Tage nach dem Treffen in Hainichen – in der Nacht vom 18. auf den 19. Mai – warfen bislang Unbekannte vier schwere Pflastersteine gegen die Fensterscheiben des Ladenlokals des Harthaer NPD-Stadtratskandidaten Hans-Gottfried Grunewald. Weil es sich um ein besonderes Glas handelt, wurden drei Scheiben durchlöchert, ohne komplett zu zerbersten. Der finanzielle Schaden ist aber immens. Die aus Leisnig herbeigerufene Polizei wollte anfänglich nur eine gewöhnliche Strafanzeige wegen Sachbeschädigung entgegennehmen und das offenkundige politische Tatmotiv verschleiern.

Für den NPD-Kreisvorsitzenden von Mittelsachsen, Kreisrat Wilko Winkler, zeigt diese Tat einmal mehr, daß die steuerfinanzierten Anti-Rechts-Initiativen den mentalen Nährboden für Gewalt bereiten und verwahrloste und in nationalem Selbsthaß erzogene Jugendliche dazu anstiften. Die NPD reagierte auf die linke Straftat am 20. Mai sofort mit einer flächendeckenden Verteilaktion von Infomaterial an alle Harthaer Haushalte. Der Altkreis Döbeln wird am 7. Juni seinen ersten NPD-Stadtrat bekommen, denn darüber entscheiden immer noch die Wähler und nicht die Staats- und Privat-Antifa.

21.05.2009

NPD-Kreisverband Mittelsachsen

<http://www.npd-sachsen.de/index.php?s=9&aid=419> abgerufen am 17.01.2010 um 14.08 Uhr

06.02.2007

### **Linksextremer Überfall auf NPD-Versammlung in Waldheim**

#### **Polizei bildet nach Landfriedensbruch elfköpfige Sonderkommission**

Am Sonntag, den 4. Februar 2007, haben mehrere Vermummte eine NPD-Veranstaltung in Waldheim im Kreis Döbeln überfallen, das Versammlungslokal demoliert, einen Versammlungsteilnehmer verletzt sowie vier vor der Gaststätte parkende Autos schwer beschädigt. In dem zuständigen Polizeibericht heißt es: "Gegen 16.45 Uhr stürmten mehrere verummte Personen die Gaststätte. Dabei wurden Einrichtungsgegenstände zerschlagen und umhergeworfen. Die Täter drangen in den Versammlungsraum ein. Hier kam es zu Auseinandersetzungen mit den Versammlungsteilnehmern. Dabei wurde ein NPD-Mitglied am Kopf verletzt. Da sofort die Polizei verständigt wurde, flüchteten die Eindringlinge. Vor der Gaststätte wartete eine weitere Gruppe, die mit Steinen gegen die Scheiben der Gaststätte schlugen und vier parkende PKWs erheblich beschädigten, darunter auch Fahrzeuge von unbeteiligten Gästen. Außerdem wurde die Hauswand besprüht. Die ca.

15 bis 20 Tatverdächtigen flüchteten anschließend in unbekannte Richtung. Die Täter hinterließen einen vorläufigen Sachschaden von ca. 12 000 ?."

Nach eigenen Angaben hat mittlerweile eine 11köpfige Sonderkommission der Polizei ihre Arbeit aufgenommen. In einer Pressemitteilung des NPD-Kreisverbandes Döbeln heißt es: "Am Sonntag wurde die NPD im Landkreis Döbeln zum wiederholten Mal überfallen. Alles verlief wie gewohnt, wie schon bei den vorangegangenen Überfällen. Hin - möglichst viel Schaden anrichten - weg. Mit einem Unterschied. Die Vermummten verwendeten ein Nervengas, das sie in die Gaststube sprühten und nahmen dabei in Kauf, daß auch andere Gäste und ein Kleinkind im Alter von zirka 18 Monaten eventuell verletzt würde. Wie weit sind wir gekommen, daß diese Menschen nicht davor zurückschrecken, die Gesundheit eines unschuldigen Kleinkindes zu gefährden? Es stellt sich erneut die Frage: Ist das der Aufstand der Anständigen, der von etablierten Politikern, den Medien, Kirchen usw. heraufbeschworen wird?"

In der von der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag hergestellten und im vergangenen Jahr erschienenen Informationsbroschüre Die ganz linke Tour waren die durch den Steuerzahler finanzierten linksextremistischen Aktivitäten im Landkreis Döbeln kritisiert und öffentlich gemacht worden, ohne daß sich an der Subventionierung der betreffenden Gruppen etwas geändert hätte. In der Broschüre Die ganz linke Tour war unter anderem der Gewaltaufruf eines Linksextremisten auf der Gästebuchseite des Döbelner Vereins Treibhaus e.V. dokumentiert worden. Der Überfall von Döbeln zeigt einmal mehr die Brutalität und Gewaltbereitschaft, mit der in Sachsen Linksextremisten gegen die NPD vorgehen. Es ist nicht auszuschließen, daß die Täter aus dem Umfeld eines Vereins kommen, der durch Mittel des Landesprogramms "Weltoffenes Sachsen" gefördert wird, beispielsweise des unsäglichen Döbelner Vereins Treibhaus e.V..

Wenn auch nur der schwache Verdacht bestünde, daß eine derartige Gewalttat, wie sie am Sonntag in Döbeln von Linksextremisten verübt wurde, von nationalen Jugendlichen begangen worden wäre, würde die Berichter-



stattung in den überregionalen Medien wochenlang kein anderes Thema kennen. So hingegen ist nicht auszuschließen, daß der Terror der Täter nicht nur durch die Medien verschwiegen, sondern auch noch durch Steuergelder finanziert wird. Die NPD in Sachsen wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, daß diese ungeheuerlichen Zustände endlich ein Ende haben.

06.02.2007

i.A. des NPD-Landesverbandes Sachsen:  
Arne Schimmer

NPD-Landesgeschäftsstelle Sachsen

<http://www.npd-sachsen.de/index.php?s=9&aid=102> abgerufen am

29.01.2011 um 14.57 Uhr

## Quellen- und Literaturverzeichnis

### *Internetquellen*

<http://ablehnung.blogspot.de>

(<http://ablehnung.blogspot.de/category/erklaerung/> verfügbar am 06.01.2010 um 15.25 Uhr)

<http://www.npd-sachsen.de>

(<http://www.npd-sachsen.de/index.php?s=9&aid=102> abgerufen am 29.01.2011 um 14.57 Uhr)

(<http://www.npd-sachsen.de/index.php?s=9&aid=419> abgerufen am 17.01.2010 um 14.08 Uhr)

<http://npd-blog.info>

(<http://npd-blog.info/2011/01/21/extremismus-erklarung-without-a-cause/> abgerufen am 22.01.2011 um 17.05 Uhr)

(<http://npd-blog.info/2010/12/06/battis-schroders-klausel-verstost-gegen-das-grundgesetz/> abgerufen am 22.01.2011 um 17.47 Uhr)

<http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de>

(<http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/meldungen/extreme-zeiten-4027/> abgerufen am 22.01.2011 um 16.41 Uhr)

Jesse, Eckhard (2004): Formen des politischen Extremismus. In: Bundesministerium des Innern (Hg.): Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme. unter [http://www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/139928/publicationFile/15198/Extremismus\\_in\\_Deutschland\\_Id\\_95150\\_de.pdf](http://www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/139928/publicationFile/15198/Extremismus_in_Deutschland_Id_95150_de.pdf) abgerufen am 17.12.2010 um 15.30 Uhr

## ***Literaturquellen***

Arendt, Hannah (1975): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Bd. I-II, Berlin. S.24-25

Backes, Uwe / Jesse, Eckhard (1989): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 1-3, Bonn.

Backes, Uwe / Eckhard Jesse (1993): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin.

Backes, Uwe / Jesse, Eckhard (2005): Vergleichende Extremismusforschung. Nomos Verlag. Baden-Baden.

Erlinghagen, Robert / Wiegel, Gerhard (1999): Das Totalitarismuskonzept. Zum wissenschaftlichen Gebrauchswert einer politischen Theorie. In: Johannes Klotz (Hg.): Schlimmer als die Nazis? Das Schwarzbuch des Kommunismus und die neue Totalitarismusdebatte. Köln, S. 156-187.

Fritzsche, Klaus in Neumann, Franz (Hg.) (1977): Politische Theorien und Ideologien. Signal Verlag. Baden-Baden.

Gasset, Jose Ortega y (1932): The Revolt of the Masses, New York.

Jesse, Eckhard (1994): War die DDR totalitär? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/94, S. 12-23.

Kershaw, Ian (1999): Nationalsozialistische und stalinistische Herrschaft. Möglichkeiten und Grenzen des Vergleichs. In: Eckhard Jesse (Hg.) Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung. 2., erweiterte Auflage. Bonn, S. 213-222.

Kleßmann, Christoph (1986): Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945 – 1955. Bonn 4. Aufl., S. 256.

Kludt, Michael (2000): Geschichtspolitik. Die Kontroversen um Goldhagen, die Wehrmachtsausstellung und das Schwarzbuch des Kommunismus. PapyRossa Verlag. Köln.

Kühnl, Reinhard (1990): Totalitarismus. In: Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften. Herausgegeben von Hans Jörg Sandkühler. Hamburg, S. 600-602.

Leibholz, Gerhard (1954): Das Phänomen des totalen Staates. In: Festschrift für Herbert Kraus. Kitzingen, S. 156-162.; abgedruckt in: Seidel/Jenker (Hrsg.) (1968), Wege der Totalitarismus-Forschung, S. 123-132.

Lerner, Max (1932): The Pattern of Dictatorship, in: Ford (Hrsg.), Dictatorship, S. 3 ff.; in deutscher Übersetzung abgedruckt bei: Seidel/Jenker (Hrsg.) (1968), Wege der Totalitarismusforschung, S. 30-48.

Maunz / Düring / Herzog / Scholz (1974): Kommentar zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. München, Art. 18 Rdnr. 48.

Münkler, Herfried (2010): Mitte und Maß. Der Kampf um die richtige Ordnung. Rowohlt Verlag. Berlin.

Opitz, Reinhard (1980): Zur Entwicklungsgeschichte der Totalitarismustheorie. In: Frank Deppe u.a. (Hg.): Marxismus und Arbeiterbewegung. Frankfurt/Main, S. 106-122.

Petersen, Jens (1978): Die Entstehung des Totalitarismusbegriffs in Italien, in: Manfred Funke (Hrsg.), Ein Studien-Reader zur Herrschaftsanalyse moderner Diktaturen, Düsseldorf, S. 105-128.

Pfahl- Traughber, Armin (1999): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. C.H.Beck Verlag. München.

Seidel, Bruno / Jenker, Siegfried (Hrsg.) (1968): Wege der Totalitarismusforschung. Düsseldorf.

Spiegel Nr. 3 (17.1.2011): Ralf Beste, Feinde der Demokratie, S. 48 f.

Stammer, Otto (1961): Aspekte der Totalitarismusforschung. In: Seidel / Jenker (Hrsg.), Totalitarismusforschung, S. 414 -437, S. 422

Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. u.a. (Auftraggeber) (29.11.2010): Ulrich Battis, Zur Zulässigkeit der Extremismusklausel im Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“. Berlin.

Wippermann, Wolfgang (1997a): Totalitarismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute. Primus Verlag. Düsseldorf.

Wippermann, Wolfgang (1997b): Wessen Schuld? Vom Historikerstreit zur Goldhagen Kontroverse. Elefanten Press Verlag. Berlin.

Zeichen, Nr. 3 (Herbst 2010): Roland Roth, Gegen jeden Extremismus ...?, S. 25 f.

## **Erklärung zur selbständigen Anfertigung der Arbeit**

Erklärung

Ich erkläre, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe.

Döbeln, 08.02.2011

Conrad, Stephan